Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 137. Dienstag, den 16. Juni 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Rolle Juanschikais.

ic. Seit 1911 ist die Ruhe, die in dem fernen ostasiatischen Reiche herrschte, gestört durch wüsten Waffenlärm. Die erste chinesische Revolution vereinigte die ganze Nation gegen die Mandschus, die seit 1644 das chinesische Bauernvolk beherrscht hatten. Es ist ein alter Irrwahn, daß bäuerliche Nationen eine staatenbildende Kraft besitzen. Der Bauer klebt an der Scholle, sein geistiger und politischer Horizont findet sein Ende, wo der Rainstein seiner Felder steht. Umgekehrt sind Nomaden kriegerische Völker und durch ihre Lebensweise vorherbestimmt, erobernd durch die Welt zu schweifen. Die Chinesen selbst waren ursprünglich ein solches Nomadenvolk; später verschmolzen sie sich mit den Ureinwohnern des Reichs der Mitte, wurden Bauern und damit eine Beute der ursprünglich im Norden, in der Mandschurei, seßhaften nomadischen Tataren.

Am 12. Februar 1912 wurde China zur Republik erklärt. Erst in diesem Jahre gelang es der chinesischen Nation, die Fremdherrschaft der Mandschus abzuschütteln. Handelte es sich noch um eine Bauernnation wie ehedem, der nationale Befreiungskampf wäre niemals erfolgreich gewesen; aber der eindringende Kapitalismus hat ein chinesisches Bürgertum entwickelt. Wo immer das Bürgertum aufkommt, verlangt es ein einheitliches nationales Wirtschaftsgebiet, in dem allüberall das gleiche Recht und die gleiche Verwaltung herrschen. Es ist kein Zufall, daß die chinesische Revolution vom Yangtsetal ausging. Hier haben reiche chinesische Kaufleute ihren Sitz, die die Beschränkungen des feudalen Regimes, die Binnenzölle, die buntscheckige Rechtsgestaltung, die sprichwörtliche Korruption der Beamten als Hemmungen empfangen. Den Anstoß zur Erhebung gab die Hilflosigkeit der Pekinger Regierung gegenüber den Ansprüchen der Fremden. Die junge chinesische Bourgeoisie wurde grün vor Neid, wenn sie sah, wie die Fremden, geschützt durch ihre Privilegien, den Rahm abschöpften. Insbesondere die reichen Profite, die fremde Gesellschaften aus dem Bau und Betrieb von Eisenbahnen zogen, haben es ihr angetan. Unter ihrem Drucke mußte die Pekinger Zentralregierung noch während der Mandschuzeit ein Edikt veröffentlichen, wonach Eisenbahnkonzessionen nur von der Zentralregierung gewährt werden konnten. Sie setzte es auch durch, daß China so viel Bahnen als möglich verstaatlichte, wenn es auch ihre Verwaltung fremden Gesellschaften überlassen mußte. Im Jahre 1908 betrug die Gesamtlänge des chinesischen Eisenbahnnetzes 6698 Kilometer; davon waren chinesisch 883 Kilometer oder 13 Prozent. Im Jahre 1911 betrug die Gesamtlänge des chinesischen Eisenbahnnetzes 9854 Kilometer, von denen 5582 Kilometer oder 57½ Prozent in chinesischem Besitze waren.

Um sich ein richtiges Bild von der Bedeutung der Revolution zu machen, muß man sich die Dimensionen Chinas vergegenwärtigen: es ist das größte Reich der Welt und zählt in dem „Land der 18 Provinzen“ (dem eigentlichen China) 408 Millionen Einwohner; einschließlich der ausgedehnten aber dünnbevölkerten Außenländer, wie der Mongolei und Tibet, hat dieses Riesenreich gar 427 Millionen Einwohner.

China ist außerordentlich dicht bevölkert. Das Bauerntum ist zum großen Teile furchtbar verelendet. Die kleinen Parzellen, die die Grundlage seiner Wirtschaft bilden, bieten nicht genug Nahrung. Eine Hebung der Produktivität hinderte der Feudalismus. So darf es nicht Wunder nehmen, daß die chinesische Revolution einen starken sozialen Einschlag trug. Ihr Führer Sunyatsen vertrat die radikal-soziale Ideen. Das konnte auf die Dauer der chinesischen Bourgeoisie wenig behagen. Ihr Mann wurde der provisorische Präsident der Republik, Juanschikai, der den Ruf hat, der gerriebenste chinesische Diplomat zu sein und der schon unter den Mandschus die Ideen des reichen, gemäßigt-liberalen chinesischen Bürgertums vertrat. Ihm stand entgegen die Partei Sunyatsens, die Kuomintang, die auch bei den Wahlen ins Parlament gewaltige Erfolge erzielte. Die neue chinesische Verfassung sah ein Unterhaus von 596 Mitgliedern und einen Senat von 274 Mitgliedern vor. Bei den Wahlen in das Unterhaus sollte auf je 800 000 Köpfe ein Abgeordneter entfallen. Der Senat setzte sich aus den Vertretern der Provinzversammlungen zusammen. Am 6. Oktober 1913 wurde Juanschikai endgültig zum Präsidenten gewählt. Und schon vier Wochen später, am 4. November, leistete sich der Wackere einen Staatsstreich, indem er die Mandate der 300 zu Kuomintang gehörigen Abgeordneten für ungültig erklärte und alle Organisationen dieser Partei auflöste. Das Parlament vertagte sich. Die Nachwahlen im Anfang Januar d. Js. fielen aber wieder für die Kuomintang günstig aus. Da beschloß Juanschikai sich des Parlaments und der Provinzversammlungen zu entledigen und unter geänderten Formen die alte Despotie wieder aufzurichten.

Ein Verfassungsausschuß wurde eingesetzt, der nur willige Kreaturen des Präsidenten zu seinen Mitgliedern zählte. Er entwarf eine neue Verfassung, in der die Verantwortlichkeit des Ministeriums beseitigt ist und dem Präsidenten die Entscheidung über Krieg und Frieden und die Führung der auswärtigen Politik übertragen wird. An die Stelle des Senats tritt ein Reichsrat, der den Präsidenten stets ermächtigen kann, das zur Einflußlosigkeit verurteilte Parlament aufzulösen und selbst solchen Parlamentsbeschlüssen die Genehmigung zu versagen, die mit Dreiviertelmajorität angenommen sind.

Diese Reaktion wurde nur dadurch möglich, daß die zweite südchinesische Rebellion im Sommer 1913 scheiterte. Sie brach aus, weil die Anhänger Sunyatsens Juanschikai des Hochverrats und des Willens zum Verfassungsbruche verdächtig hielten. Sie unterlag, weil sie nicht, wie die erst Revolution, in dem chinesischen Bürgertum eine starke Resonanz fand, in dem Bürgertum, das sehr rasch lernte, Ruhe und Gehorsam für die ersten staatsbürgerlichen Pflichten zu halten.

Die Niederschlagung der Revolution wurde Juanschikai durch das auswärtige Kapital erleichtert, das ihm reiche Geldmittel zur Verfügung stellte. Den europäischen und amerikanischen Finanzleuten ist ein Präsident ohne Parlament, der sich nur durch ihre pekuniäre Unterstützung halten kann, lieber, als ein Parlament, das die eigenen Hilfsquellen Chinas zu entwickeln und das ehemals so stolze Reich der Mitte aus der Botmäßigkeit unter den Willen ausländischer Bankiers zu befreien trachtet.

Für die konterrevolutionäre Rolle, die das ausländische Kapital spielte, gibt es ein hochinteressantes Beispiel. Die Truppen des Präsidenten, die bei Hankau gegen die Revolutionäre kämpften, verweigerten den Dienst, wenn ihnen nicht sofort ihr rückständiger Sold ausgezahlt werde. Die Pekinger Regierung war in tödlicher Verlegenheit. Da brachten die Belgier die rettende Hilfe. Ein belgisches Finanzsyndikat pumpte Juanschikai eine Million Dollar. Das genügte, die Truppen des Präsidenten für den Augenblick zu befriedigen. Und die Belgier empfingen reichen Lohn für ihre wohltätige Tat. Sie erhielten die Konzession für die große West-Ost-Eisenbahnlinie Tatung-Tschengtu, die das Herz Chinas mit der Küste des Stillen Ozeans verbinden wird.

Vieles freilich, was die chinesische Bourgeoisie in den ersten übermütigen Wochen der eignen Herrschaft auf ihre siegreiche Fahne geschrieben hatte, ist noch nicht verwirklicht und hat auch in naher Zukunft keine Aussicht, verwirklicht zu werden. Was versprach nicht alles Juanschikai? Eine Reform der Rechtspflege, des Schulwesens, der Verwaltung! Von allen diesen großen Verheißungen hat keine einzige Erfüllung gefunden. Verwaltung, Rechtspflege und Polizeidienst sind nach wie vor in der Person eines Beamten konzentriert. Die Zerschlagung der Provinzen, die Schaffung kleinerer und übersichtlicherer Verwaltungseinheiten ist auf den St. Nimmerleinstag verschoben.

Wollte Juanschikai diese großen Pläne ausführen, so brauchte er Geld, Geld und wiederum Geld. Aber daran mangelt es. Denn so gern die europäische und amerikanische Finanz ihre straffen Beutel öffnete, als es gegen die Revolution ging, so zurückhaltend wird sie jetzt, da sie für jeden Dollar eine ergiebige Konzession herauszuschlagen bemüht ist. Schon haben sich die Amerikaner wichtige Petroleumquellen gesichert, die Japaner Eisenwerke, die Engländer das zukunftsreiche Yangtsetal, die Franzosen Südchina. Auch die Deutschen sind nicht müßig geblieben. Sie haben die Konzessionen für den Bau zweier Bahnen erworben, die das Hinterland der Schantunghalbinsel erschließen und eine Verbindung mit der Nord-Süd-Linie Peking-Hankau herbeiführen sollen. Eine vor kurzem gegründete Deutsch-chinesische Gesellschaft will das Interesse der deutschen Kapitalisten an der Erschließung Chinas wachrufen. Wie die Frankfurter Zeitung vor einiger Zeit meldete, hat sich auch bereits neben der Deutsch-asiatischen Bank ein zweites deutsches Finanzkonsortium gebildet, das besonders die Beteiligung Deutschlands an der industriellen Entwicklung Chinas fördern soll.

Ein gewaltiges Schauspiel rollt vor unsern Augen ab. Das gewaltigste Reich der Welt, dessen 400 Millionen Einwohner durch Jahrhunderte in der Beschränktheit des Feudalismus dahinlebten, wird zu neuem Leben erweckt. Gewaltige Krisen erschüttern es in seinem Innersten. Wie immer sich sein Schicksal gestalten mag, der Eintritt dieses Staates, der mehr Einwohner zählt, als ganz Europa, in die Reihe der kapitalistischen Staaten, wird stets ein denkwürdiges und folgenschweres Ereignis bleiben.

Der wiedererstandene Viviani.

Der Präsident der französischen Republik will in diesem Jahre ein trautes Tête à Tête mit dem russischen Absolutismus halten; er will den russischen Zaren besuchen. Er bangte: Wenn er dem Militarismus in Frankreich nicht einen Sieg über den Willen des Volkes verschaffe, könne der russische Bär ihn anknurren. Und in der Tat, der Bär knurrte schon, als die Vernunft durch eine Phrase Vivianis benebelt werden sollte. Er erhob Einspruch dagegen, daß Frankreich sich vom Rüstungswahnsinn und vom Militarismus abwenden wollte. Und daran scheiterte der erste Versuch Vivianis, ein Ministerium zu bilden.

Ribot fand dann die den Militärischen genehme Form. Keine Beseitigung des Dreijahrgesetzes, keine Minderung der Militärlasten für das Volk? Ein Ministerium mit einem solchen Programm mußte sich notwendiger Weise auf Reaktion stützen oder deren Beifall erhalten. Aus diesem Grunde und wegen der offenen Verhöhnung des Willens des französischen Volkes und der Meinung der Majorität der französischen Kammer wurde aber dieses Ministerium gestürzt. Es wird den historischen Namen des Eintagsministeriums haben. Die Reaktion aller Länder — in Deutschland die „Kreuzzeitung“ und Oertels „Deutsche Tageszeitung“ — hatte das Ribotsche Ministerium sympathisch begrüßte und ist nun empört über den durch unsere französischen Genossen und der radikalen bürgerlichen Linken veranlaßten demonstrativen Sturz. Die wütendsten deutschen Chauvinistenblätter plötzlich auf der Seite der französischen Regierung, wie Ribot und Poincaré sie gestalten wollten — ein Schauspiel für die Götter und eine ernste Mahnung für das französische Volk und das französische Parlament!

Ribot stürzte — Viviani erstand wieder, empfohlen, wie die Blätter melden, von Herrn Ribot! In fünf Stunden hatte er ein Kabinett zusammen, ohne daß Herr Poincaré Einspruch erhob. Er brachte ein Kabinett zusammen, das zum Teil einige Männer enthält, die sich auch Ribot ausgewählt hatte, zum größeren Teil aus Männern der bürgerlichen radikalen Linken besteht, Männer, die sich bisher als ausgesprochene Anhänger der Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit bekannten, wie Augagneur und andere. Die Folge? Vivianis Ministerium wird ein Ministerium der politischen Unaufrichtigkeit sein und mit schönen Worten die Anhänger des Zweijahrgesetzes hinhalten und durch die Tat die Dienste und Forderungen der Militaristen und Rüstungstreiber erfüllen. Ein ehrlicher bürgerlicher Demokrat und Gegner der dreijährigen Dienstzeit, wie Combes, lehnte den Eintritt in das Ministerium ab, weil Viviani das radikale Programm von Pau, das heißt die unmittelbare und methodische Vorbereitung der Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit nicht zu verwirklichen gedenkt. Was Viviani in der Frage der zweijährigen Dienstzeit will, geht aus seiner Erklärung selbst nicht klar hervor. Er sagt:

> „Die Regierung wird binnen kurzem Gesetzentwürfe einbringen über die militärische Vorbereitung der Jugend und über die Reorganisation der Reserven. Die Entwürfe sind bestimmt, die Defensivkraft der Nation zu steigern, die stets nur daran gedacht hat, Ehre, Freiheit und Heimat zu schützen. Erst wenn diese Entwürfe, die allen Ergebnissen der Erfahrung und den Anforderungen der nationalen Verteidigung Rechnung tragen, angenommen und in Kraft gesetzt sein werden, wird die Regierung eine Erleichterung der militärischen Lasten vorschlagen können.“

Aus dieser Erklärung geht nur das Eine unzweideutig hervor, daß das neue Ministerium in absehbarer Zeit nicht daran denkt, die dreijährige Dienstzeit durch die zweijährige zu ersetzen und so die militärischen Lasten, dem Willen des französischen Volkes entsprechend zu verringern. Dem Programm von Pau wird also nicht Rechnung getragen und trotzdem sind hervorragende Männer der geeinigten Radikalen und sozialistischen Republikaner in diesem Ministerium vertreten. Auch die radikalen Vertreter des französischen Bürgertums verleugnen sonach das Mandat, das ihre Wähler ihnen gegeben und beugen sich dem Militarismus, dem sie den Namen „nationale Verteidigung“ geben.

Für unsere französischen Genossen in der Kammer ist die Stellung zum Ministerium Viviani gegeben. Jaurès nennt die Haltung der Radikalen beklagenswert. Er bezeichnet das Ministerium als eine miserable Intrigue der Poincarés, zu dessen Getäuschten, Agenten und Leibeigenen sich die Radikalen machen. „Aber wir Sozialisten“, schließt Jaurès, „werden mit einer intakten moralischen Autorität, mit gestärktem politischen Ansehen alle lebendigen und gesunden Kräfte des republikanischen Frankreichs aufrufen gegen die Schwäche, die Zweideutigkeit und den Verrat.“

Mag also bei der Präsentative des neuen Ministeriums in der Kammer die bürgerliche Linke umfallen und den Willen der Mehrheit des französischen Volkes mißachten, die französische Sozialdemokratie im Parlament, wird diesem Willen Ausdruck verleihen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Staatsaktion gegen Genossen Liebknecht.

Am Montag mittag trat die Geschäftsordnungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses zu einer besonderen auf telegraphischem Wege einberufenen Sitzung zusammen. Der einzige Gegenstand ihrer Verhandlungen war der am Sonnabend vom Plenum des Hauses der Geschäftsordnungskommission überwiesene Antrag Braun und Genossen, das gegen den Abg. Liebknecht schwebende ehrengerichtliche Verfahren für die Dauer der Session einzustellen. Es handelt sich bekanntlich immer noch um jene Rede, die Genosse Liebknecht am 23. September 1910 auf dem Magdeburger Parteitag gehalten hat und in der ein Berufskollege Liebknechts den Tatbestand einer Zarenbeleidigung entdeckt hat. Dieser Berufskollege, der Rechtsanwalt Schwabe-Berlin, hatte sich damals in einer Denunziation an den preußischen Justizminister gewandt, um diesen zum ehrengerichtlichen oder strafrechtlichen Einschreiten gegen Liebknecht zu veranlassen. Die strafrechtliche Verfolgung unseres Genossen erwies sich, nachdem eine ganze Reihe juristischer Koryphäen um ihre Meinung befragt worden waren, als völlig aussichtslos. Nunmehr wurde das ehrengerichtliche Verfahren eingeleitet, jedoch lehnte die Berliner Anwaltskammer ein Einschreiten gegen Liebknecht ab. Wegen dieser Ablehnung erhob der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht Beschwerde und das Kammergericht ordnete nun von sich aus die ehrengerichtliche Verfolgung Liebknechts an. In erster Instanz wurde Liebknecht zu einem Verweis verurteilt. Gegen dieses Urteil haben sowohl Ankläger wie Angeklagter Berufung eingelegt. In zweiter Instanz schwebt das Verfahren noch.

Schon einmal, und zwar am 4. Mai 1911 hatte sich das Abgeordnetenhaus mit der Angelegenheit beschäftigt. Entgegen dem Antrage der damaligen Geschäftsordnungskommission hat es beschlossen, das Verfahren gegen Liebknecht für die Dauer der Session einzustellen. Jetzt ist nun die Angelegenheit zum zweiten Male vor das Haus gelangt. — In der Debatte der Geschäftsordnungskommission vom Montag vertrat der Berichterstatter, ein freisinniger Abgeordneter, den Standpunkt, daß es sich um ein politisches Verfahren handele, und daß nach allen bisherigen Gepflogenheiten des Hauses nicht der mindeste Grund vorliege, Liebknecht, dessen Magdeburger Rede er im übrigen scharf verurteilte, der ehrengerichtlichen Verfolgung auszuliefern. Der Berichterstatter beantragte, dem Antrage Braun und Genossen stattzugeben und das Verfahren gegen Liebknecht für die Dauer der Session einzustellen. Entgegen diesem Antrage des Berichterstatters erklärten sich die Vertreter sämtlicher übrigen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen; sowohl die Konservativen wie die Freikonservativen, das Zentrum wie die Nationalliberalen waren einmütig dafür, daß das Verfahren gegen Liebknecht seinen ungestörten Fortgang nehmen solle. Besonders rabiat gebärdete sich der konservative Redner. Er erklärte, gerade die Persönlichkeit und die Tätigkeit des Herrn Dr. Liebknecht müßten dem Abgeordnetenhaus einen ganz besonderen Anlaß geben, in diesem Falle von seiner bisherigen Praxis abzuweichen. Lieknecht betreibe die Schmähung von staatlichen Einrichtungen und die Beleidigungen hochstehender Persönlichkeiten geradezu gewerbsmäßig. Während der Sommerpause des Abgeordnetenhauses könne das Verfahren vollständig erledigt werden, es sei also gar keine Rede davon, daß Liebknecht seiner parlamentarischen Tätigkeit entzogen werde. Dieser „Beweisführung" gegenüber betonte der freisinnige Berichterstatter, daß während des Sommers eine ganze Reihe von Kommissionen des Abgeordnetenhauses tagten, und daß es sehr leicht möglich sei, daß Liebknecht an den Arbeiten einer dieser Kommissionen sich beteilige. Es sei völlig unstatthaft, den Wahlkreis während der Vertagung des Abgeordnetenhauses ohne Vertreung zu lassen. Im übrigen sei es keineswegs sicher, daß das Verfahren bis zum Wiederzusammentritt des Hauses am 10. November erledigt sei, da in dieser Zeit die langen Gerichtsferien fielen. Der Standpunkt des konservativen Redners, daß es völlig gleichgültig sei, ob ein Kapitalverbrechen oder ein politisches Vergehen vorliege, sei vollständig unhaltbar. Nach längerer Debatte ergab die Abstimmung die Ablehnung des Antrages des Berichterstatters mit allen gegen zwei Stimmen, die des Fortschrittlers und die des Polen. Mit diesem Beschluß hat die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses allem parlamentarischen Brauch ins Gesicht geschlagen und eins der wichtigsten parlamentarischen Rechte schnöde preisgegeben. Die Sondersitzung des Abgeordnetenhauses am Dienstag muß beweisen, ob das Plenum des Hauses sich zum Mitschuldigen an diesem schmachvollen Beschlusse seiner Kommission machen wird.

Eine andere der Geschäftsordnungskommission am Sonnabend überwiesene Angelegenheit Liebknechts kam nicht zur Verhandlung. In diesem Falle handelt es sich um einen an das Haus gelangten Antrag des Justizministers, die Zustimmung zu einem Verfahren gegen Liebknecht in der bekannten Ordensangelegenheit zu erteilen. Da die Geschäftsordnungskommission vor November schwerlich noch einmal zusammen treten wird, so ist von der Erteilung der Genehmigung des Hauses zu dieser Verfolgung Liebknechts bis auf weiteres nicht die Rede.

Arreststrafen für Krankenkassenbeamte.

Das preußische Herrenhaus hat sich am Montag wieder zum löblichen Tun versammelt. Man beriet das Disziplinargesetz für die Krankenkassenbeamten. Der Entwurf wurde vom Abgeordnetenhaus auf Antrag unserer Genossen dahin abgeändert, daß die Arreststrafen als Disziplinarmittel für Krankenkassenbeamte nicht angewendet werden dürfen. Im Herrenhaus beantragte Graf Behr, diese Bestimmung zu streichen und zwar angeblich deshalb, weil eine allgemeine Regelung dieser Frage in nahe Aussicht stehe und man nicht einzelne Beamtengruppen vorweg nehmen solle. Das Haus stimmte ohne Debatte diesem Antrage einstimmig zu und gab somit dem Wunsche Ausdruck, widerspenstige Krankenkassenbeamte im Karzer zu sehen. Sonst begab sich in dieser Sitzung nichts Bemerkenswertes. Das Disziplinargesetz für Krankenkassenbeamte muß nun natürlich nochmals an das Abgeordnetenhaus zurück und dürfte wahrscheinlich bis zum Herbst liegen bleiben.

Die Finanzkommission des Herrenhauses hat die Besoldungsnovelle unverändert angenommen. Sie wird diesen Dienstag vom Plenum verabschiedet.

Interpellation über die Fleischpreise.

Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat folgende Interpellation eingebracht: „Was gedenkt die Staatsregierung angesichts der Tatsache, daß sich an vielen Orten, namentlich in Großstädten und Industriebezirken trotz des bedeutenden Rückganges der Viehpreise ein erhebliches Mißverhältnis zwischen Vieh- und Fleischpreisen gebildet hat, zu tun, um im Interesse der Bevölkerung auf eine angemessene Preisbildung für das Fleisch hinzuwirken?"

Diese Interpellation wird interessante Debatten zeitigen. Es kann den Agrariern wieder einmal ihr Spiegelbild vorgehalten werden.

Der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses Graf v. Schwerin-Löwitz,

der sich bereits am Sonnabend während der Verhandlung des Hauses krank fühlte, ist nicht unbedenklich erkrankt. Es soll sich hierbei um sein wiederaufgetretenes altes Gallenstein-Leiden handeln.

Liberales Landtagswahlabkommen in Sachsen.

Der Landesverband der Fortschrittlichen Volkspartei des Königreichs Sachsen hat am Sonntag nach längerer Debatte mit 132 gegen 8 Stimmen das volksparteilich-nationalliberale Wahlabkommen für die nächstjährigen allgemeinen Landtagswahlen genehmigt. Das Abkommen wahrt den gegenwärtigen Besitzstand der beiden Parteien und verpflichtet sie, dahin zu wirken, daß vor der Hauptwahl jede Kundgebung über die Stichwahlen unterlassen wird.

Der reußische Gemeindewahlrechtsraub.

In der Sonnabendsitzung des Landtages wurde die zweite Lesung des Gesetzentwurfes einer neuen Gemeindeordnung fortgesetzt und der Wahlrechtsraub besiegelt. Die Regierungsvorlage sah gegenüber dem bisher freien Wahlrecht ein Mehrstimmenrecht mit einer Stimmenhäufung bis zu fünf Stimmen vor. Der Neunerausschuß hatte aber noch erhebliche Verschlechterungen vorgeschlagen, insbesondere sollte den Reichs-, Staats- oder Gemeindebeamten, den Privatbeamten, soweit sie dem Privatbeamtengesetz unterstehen, sowie den Höchstbesteuerten eine weitere Zusatzstimme gewährt werden. Der agrarische Flügel wollte noch eine agrarische Zusatzstimme in das Gesetz aufgenommen haben. Die Nationalliberalen waren die eifrigsten Verfechter der Verschlechterungen. Nach langer Debatte wurden sämtliche Verschlechterungsanträge abgelehnt und § 29 der Regierungsvorlage angenommen. Der gelbe Landtagsabgeordnete stimmte aus „Gründen der Zweckmäßigkeit" für die Regierungsvorlage. Die weiteren Bestimmungen des Gesetzes sind nebensächlicher Natur. Jedenfalls wird die Regierungsvorlage Ende nächster Woche in dritter Lesung angenommen.

Ein tüchtiger Polizeikommissar.

Die Ungültigkeitserklärung der Gemeinderatswahl in dem Vororte Dornach bei Mülhausen i. E., wodurch der ganze Gemeinderat der oberelsässischen Industriestadt bis auf weiteres des Amtes enthoben ist, erfolgte auf Grund von Fehlern bei Aufstellung und Auslegung der Wählerliste, die von demselben Polizeikommissar Gropengießer begangen worden sind, welcher in dem Streik-Krawallprozeß gegen die „Mülhauser Volkszeitung" der Hauptzeuge der Anklagebehörde war. Zur Bekräftigung des vom Präsidenten des Dornacher Kriegervereins eingelegten Waheinspruchs bescheinigte Polizeikommissar Gropengießer auch gleich schriftlich die von ihm selbst begangenen Inkorrektheiten! Die gewählten sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder verzichteten durch ihren bevollmächtigten Reichstagsabgeordneten Emmel sofort auf den Rekurs, um den neuen Wahltermin zu beschleunigen.

Privates Elektrizitätsmonopol in Lippe.

Dem Lippeschen Landtag ging soeben eine Vorlage zu über Versorgung des Landes mit elektrischer Energie durch die Allgemeine Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft in Berlin. Darnach soll der Staat die bestehenden privaten und Gemeinde-Werke aufkaufen, das Stromnetz anlegen und die Versorgung mit elektrischer Energie der A. E. L. übertragen. Die Gesellschaft erhält das Bau- und Lieferungsmonopol. Zunächst werden vom Landtag zur Ausführung dieses Planes zwei Millionen Mark gefordert.

Zum Schacher mit lippeschen Titeln.

In einem von der lippeschen Hofverwaltung veranlaßten Zeitungsartikel wird der Versuch gemacht, die Angaben über Titelschacher zu widerlegen, soweit sie sich auf den Hof dieses Kleinstaates beziehen. Die Hofverwaltung muß aber selber zugeben, daß „Irrtümer" vorgekommen sind. Im übrigen handle es sich bei den veröffentlichten Ankündigungen um „dreiste Schwindler, die Dumme suchen". Die lippesche Hof- und Staatsbehörde habe die Hilfe der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen. Die Verfahren schwebten zurzeit noch. Die Mitteilung des Abg. Erzberger (Stiftung von 400 000 Mk. für den lippeschen erblichen Adel) habe die Hofverwaltung veranlaßt, Erzberger um die Vorlegung seines Materials zu ersuchen.

Der Preußenkurs in Elsaß-Lothringen.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" bringen in Fettdruck diese Nachricht:

„Eine hochwillkommene Nachricht geht uns soeben aus den Reichslanden zu. Wie uns nämlich unser nach Straßburg entsandter Sonderberichterstatter drahtlich mitteilt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach jene kaiserliche Kabinettsordre, derzufolge seit zehn Jahren 25 v. H. der reichsländischen Rekruten in den Reichslanden selbst zur Fahne eingezogen werden, binnen kurzem aufgehoben werden. Tatsache ist jedenfalls, daß sie augenblicklich zum ersten Male außer Wirksamkeit getreten ist. Wir hoffen, diese Nachricht dahin auslegen zu dürfen, daß wir mit der Wiederabschaffung jener Kabinettsordre im Interesse des Reiches und im Interesse des Reichslandes und seiner Bewohner selber rechnen können."

Das Scharfmacherblatt wird schon den Wind richtig zu deuten verstehen: man will offenbar in der neuen Regierung energisch daran gehen, in der Borussifizierung Elsaß-Lothringens nachzuholen, was vermeintlich in der letzten Zeit versäumt worden ist. Wenn man nur bei all dieser Schneidigkeit nicht schwere Enttäuschungen erlebt. Es bleibt immer noch richtig, daß der, der Wind säet, Sturm ernten muß.

Dänemark.

Auflösung des Landtages. Im Folkething wurde ein königliches Schreiben verlesen, dem zufolge der Reichstag auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Im Landsthing verlas der Ministerpräsident Zahle ein Schreiben des Königs, das die Auflösung des Landsthings (Herrenhauses) verfügt.

Schweiz.

Volkswahl der höheren Gerichte in der Schweiz. In der Schweiz werden mit ganz wenigen Ausnahmen die Gerichte erster Instanz, die sogenannten Bezirksgerichte, die etwa den deutschen Landgerichten entsprechen, direkt durch das Volk gewählt, und es ist zu konstatieren, daß das Eindringen von Arbeitervertretern in den Richterstand die Strafrechtspflege verbessert hat, soweit dies in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist. Die höheren Gerichtsinstanzen, die etwa den deutschen Oberlandesgerichten entsprechen, die Obergerichte, werden dagegen ausschließlich von den Parlamenten gewählt. Infolgedessen haben wir nur in den Kantonen Zürich und Basel Sozialdemokraten im Obergericht. In Zürich ist Genosse Land Präsident des obersten Gerichtshofes. Nun hat ein Parteitag der thurgauischen Genossen beschlossen, eine Agitation für die Volkswahl des Obergerichts in die Wege zu leiten. Kommt diese Bewegung in Schwung, so wird sie einen Kanton nach dem anderen ergreifen und ein weiterer Zweig des Gerichtswesens wird dem Parlamentarismus entrissen werden.

Italien.

Sozialistischer Wahlsieg. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Mailand haben die 64 sozialistischen Kandidaten mit etwa 33 000 Stimmen die Mehrheit, während auf die 16 Konstitutionellen ungefähr 30 000 Stimmen entfallen. Bei den Wahlen zum Generalrat siegten die Konstitutionellen in 6 Wahlbezirken und die Sozialdemokraten in zwei Bezirken.

Der Proteststreik ist jetzt fast überall beendet und die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Griechenland.

Die Reibungen zwischen der Türkei und Griechenland verstärken sich. Aus Athen kommen Nachrichten über Griechenmetzeleien in Kleinasien, die offenbar übertrieben und dazu bestimmt sind, die kriegerischen Instinkte aufzupeitschen. Es wird unterm 15. Juni berichtet: In einem von zwei Engländern gecharterten Schiffe ist der Vertreter des französischen Konsulats in Smyrna, namens Belhomme, in Mythilene angekommen. Diese drei trafen vor dem alten Orte Phoköa ein Segelschiff. Die Insassen baten sie, die Christen von Phoköa (nördlich von Smyrna an der Küste gelegen) vor der Niedermetzelung durch die Türken zu schützen. Sie segelten darauf nach Phoköa und fanden eine Anzahl Kirchen in Brand gesteckt, außerdem Tote und Verwundete. Man berichtete ihnen von insgesamt 50 Toten. Sie nahmen 500 Flüchtlinge an Bord, darunter 15 Verwundete, und brachten sie nach Mythilene, wo auch der englische und der amerikanische Vizekonsul aus Smyrna eintrafen, um von den Ereignissen Kenntnis zu nehmen und die Kirche und die Schule, die voll von Flüchtlingen sind, sowie auch die Verwundeten in den Hospitälern zu besuchen.

Albanien.

Der Angriff auf Durazzo. Zu einem blutigen Gefecht ist es gestern bei Durazzo gekommen. Hierbei ist der Führer der Truppen des Fürsten gefallen. Aus Rom wird darüber gemeldet: Die albanischen Rebellen gingen, Privatmeldungen zufolge unter heftigem Gewehrfeuer von zwei Seiten gegen Durazzo vor. Es entspann sich ein Gefecht, in dessen Verlauf Oberst Thompson nach tapferer Gegenwehr im dichten Kugelregen fiel. Mehrere holländische Offiziere wurden verwundet. Die italienischen und österreichisch-ungarischen Soldaten beteiligten sich direkt nicht an dem Kampfe, sondern beschränkten sich auf den Schutz der Gesandtschaften. Bisher sollen die Nationalisten wirksam in der Verteidigung der Stadt gewesen sein. Die Lage ist jedenfalls sehr ernst. Bestimmte Entschließungen für die Sicherheit des Fürsten sind nicht getroffen. Man behauptet, daß eine direkte Gefahr für seine Sicherheit nicht bestehe, ebensowenig wie für die Ausländer. Die vorhandenen Maschinengewehre der Oesterreicher und Italiener dienten zum Schutze der Europäer. Die Zahl der Verwundeten und Gefallenen wird auf 80 angegeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 16. Juni.

Ein schweres Bootsunglück ereignete sich gestern abend auf der Trave beim Stadtteil Travemünde. Dort machten zwei Matrosen einer im Hafen liegenden Segeljacht in Gemeinschaft mit der Frau des einen eine Ruderpartie. Beim Platzwechsel geriet das Boot ins Schwanken und kenterte. Alle drei Personen fielen ins Wasser. Leider war es den schnell zur Hilfe herbeigeeilten Booten nicht möglich, die Unglücklichen zu retten. Das Ehepaar ertrank, während der Dritte, ein 17jähriger junger Mann, dem nassen Element entrissen werden konnte. Die Leichen der Verunglückten wurden heute vormittag gefunden.

Der Verband der Bureauangestellten, Bezirk Hamburg-Lübeck-Schleswig-Holstein, hielt am 14. Juni in Lübeck seinen Bezirkstag ab, an dem neben der Bezirksleitung 15 Delegierte und zirka 25 Kollegen als Gäste teilnahmen. Dem Bericht der Bezirksleitung ist zu entnehmen, daß die Organisation im Vorjahre um 127 Mitglieder zugenommen hat. Um den Zusammenhang unter den Kollegen in kleinen Städten mehr zu fördern, sollen die Einzelmitglieder den ihnen nächstliegenden Ortsgruppen zugeteilt werden. In Zukunft sollen die Ortsgruppen von jeder Quartalsabrechnung eine Abschrift an die Bezirksleitung senden. Ebenso wird beschlossen, den Betrag an die Bezirkskasse von 10 Pfennig auf 20 Pfennig zu erhöhen. Von den Berichten über die Bezirksleiter-, Ortskrankenkassenangestellten-, Anwaltsangestellten-Konferenzen, sowie über den Kongreß für einheitliches Privatangestelltenrecht wurde Kenntnis genommen. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Agitation wird bei den einzelnen Branchen in der geeigneten Weise fortgesetzt werden müssen, insbesondere bei den Anwalts- und Privatangestellten. Eine Anregung, bei Bedarf eine Anwaltsangestellten-Konferenz für den Bezirk einzuberufen, wurde der Bezirksleitung überwiesen. Zum Verbandstag in München wird einstimmig beschlossen, die Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen energisch zu propagieren, und die Delegierten wurden beauftragt, in dieser Richtung zu wirken. An den Beitrags- und Unterstützungssätzen soll mit Rücksicht auf die Verschmelzung nichts geändert werden. Die Pensionskasse muß bei der Agitation mehr in den Vordergrund geschoben werden und eventuell eine Erhöhung, nicht eine Herabsetzung der Anteile in Aussicht genommen werden. Über die zunehmende Bureaukratisierung im Verbandsvorstand wurde allgemein geklagt und die Abhilfe in einer eventuellen Reorganisation der Verwaltung gesehen. Zum Tagungsort des nächsten Bezirkstages wird Harburg und in die Bezirksleitung die bisherigen Kollegen gewählt. Schluß 2 Uhr.

b. **Gewerbegericht** vom 15. Juni. Ein fettes Arbeitsverhältnis. Bei dem Winkelbauunternehmer W. murkste der Arbeiter St. einige Tage herum und zwar ward ihm, wie W. angibt, Arbeitsbeginn und -schluß ins völlig freie Belieben gestellt. Nach den Angaben des Klägers sollte ein Stundenlohn von 52 Pfg. ausgemacht sein, während W. einen solchen bestreitet und behauptet, abgemacht sei eine tägliche Entschädigung von 80 Pfg. Ein richtiges Arbeitsverhältnis habe gar nicht bestanden. St. erhielt am Weihnachten 1,50 Mk. für seine Tätigkeit, fordert aber jetzt nach einem halben Jahre 6,30 Mk. nach. Beweise außer der Eideszuschiebung existieren nicht. Es kommt ein Vergleich zustande, nach dem W. bis zum Sonnabend dem Kläger 1 Mark porto- und bestellgeldfrei zuschicken will. Damit wird die 15stündige Arbeit bezahlt. — Versprochene und nicht eingehaltene Weiterbeschäftigung nach dem Aussetzen. Unter andern waren die Bauarbeiter Be., P. und Bu. bei der Firma Blunck u. Sohn tätig, wo ihnen am Tage vor Himmelfahrt eröffnet wurde, daß sie aus Mangel an Spezialmaterial 2 Tage aussetzen sollten. Der Polier verwies sie auf die bisherige andauernde Winterarbeit weshalb es ihnen auf die beiden Tage nicht ankommen dürfe. Diesem Verlangen kamen die Arbeiter nach, waren aber nicht wenig erstaunt, als ihnen am Sonnabend beim Lohnabholen die Entlassung angekündigt wurde. Kündigung ist im Baugewerbe nicht üblich. Die Arbeiter würden vielleicht auch andere Beschäftigung gefunden haben, wenn sie von der Abkehr vorher Bescheid erhalten hätten. Sie hatten keine Ursache, an dem fraglichen Tage die Papiere zu fordern, weil ihnen ja nach dem freiwilligen Feiern Weiterbeschäftigung zugesagt war. Jetzt fordert jeder 10,83 Mk. für die beiden Tage. Steine trafen am Sonnabend wohl ein, doch waren es nach Angabe der beklagten Firma nicht die rechten und auch nicht genügend, so daß insgesamt 12 Mann entlassen werden mußten. Zahlen will die Firma nicht, das Aussetzen hätte im beiderseitigen Interesse gelegen und außerdem hätten die Arbeiter ihre Papiere erhalten können, wenn sie die verlangt haben würden. Dies verneinen die Kläger, da ihnen erst wenige Minuten vor Arbeitsschluß das Aussetzen angekündigt wurde. Der Arbeitgeberbeisitzer regte einen Vergleich von je 5,50 Mk. an, weil nach dem im Baugewerbe üblichen immer noch die Möglichkeit vorgelegen habe, daß die Entlassung noch am Freitag abend geschehen konnte, selbst wenn das Arbeitsverhältnis weiterbestanden und die Äußerung des Poliers nicht vorgelegen hätte. Die Kläger lehnten wegen der für sie wichtigen Frage einen Vergleich ab, zu dem auch der Vorsitzende, Oberamtsrichter Dr. Leverkühn im Interesse der Arbeiter riet, die von einem allzu scharfen Betonen von Prinzipienfragen Abstand nehmen sollten. Daraufhin verurteilte das Gericht die Firma zur Zahlung. Wäre eine Entlassung am Mittwoch erfolgt, hätte nach den tariflichen Feststellungen im Baugewerbe der Prozeß nicht eingeleitet werden können. Die ganze Angelegenheit sei ohne Schuld der Beklagten und der Kläger durch die verlangsamte Steinlieferung entstanden. Das Versehen gehe vom Polier aus, dem am Mittwoch noch ein vollkommener Überblick gefehlt habe. Eine Entlassung sei von ihm nicht ausgesprochen worden. An dieses Urteil knüpfte der Vorsitzende noch eine ebenso sonderbare wie überflüssige Belehrung. Er gab den Klägern kund, daß es sich hier nicht um eine prinzipielle Frage handle, die sich in tarifliche Formen fassen lasse. Die Kläger hätten zwar obgesiegt, ob ihnen dies aber bei der Firma zum Heile gereiche, habe das Gericht nicht zu prüfen. Das Leben selbst gebe die Berührungspunkte. Es wäre vorsichtiger gewesen, wenn sie sich im Hinblick auf die Zukunft mit der geringeren Summe begnügt hätten, da auch wieder Zeiten kämen, wo die Arbeit knapp sei und man sich nach Arbeitgebern sehne. Dann werde ein solcher Fall vielleicht nachgetragen und bereut! — Das Ende siebzehnjähriger Tätigkeit. So lange arbeitete der Kläger B. bei dem Stauer Wellmann, der ihm den Auftrag erteilte, dem Dampfer „Rekto", der mit Kainit beladen werden sollte, als Vormann vorzustehen. Eine absolute Zusage bestreitet der Beklagte, der diese nur unter der Bedingung gegeben haben will, daß der Vormann M. mit dem andern Schiff nicht fertig werde. Nach einer Auseinandersetzung zwischen den Vorleuten und einem Telephongespräch erwiderte B., daß er aufs Ganze verzichte, seinen Lohn werde er schon erhalten. Durch diese von Zeugen erhärtete Aussage geriet die Klage auf sehr schwanken Boden, und statt der geforderten 31,50 Mk. muß der alte in schwerer Arbeit ergraute Mann mit 2,25 Mk. Entschädigung für Überstunden zum Beschaffen der Schiffs- und Zollpapiere vorlieb nehmen. Die Kosten werden im Interesse des Klägers niedergeschlagen, der in Unkenntnis der rechtlichen Lage handelte. Der Kläger soll aber noch ein gutes Zeugnis erhalten — herzlich wenig für 17jährige Arbeit.

b. **Seeamtsverhandlung** am 15. Juni. Unfall des Dampfers „Hornburg". Am 7. Januar d. J. fuhr der in Lübeck beheimatete Dampfer „Hornburg" auf der Reise von Pinace nach Rio de Janeiro kurz vor St. Thomé auf Grund. Das Schiff ist 1904 in Rostock aus Eisen erbaut, 8500 Bruttotonnen groß, hat eine Maschine mit 1000 Pferdestärken und 23 Mann Besatzung. Es gehört der Reederei Horn in Schleswig und wurde vom Kapitän Andresen seit etwa 7 Monaten geführt. A. ist seit vielen Jahren bei dieser Firma in Diensten, ohne daß ihm bisher irgend ein nennenswerter Unfall passiert wäre. Am fraglichen Tage wurden kurz vor 6 Uhr abends der Feuerturm von St. Thomé gesichtet, zugleich auch eine starke Versetzung des Schiffes bemerkt. Um 6 Uhr 34 Min. lief die „Hornburg" mit voller Kraft auf Sand fest. Der Stoß war so gewaltig, daß sich die Stöße trotz sofortigem Rückwärtsschaffen der Maschine wiederholten. Nach einstündiger Tätigkeit war das Schiff frei, konnte an seinem Bestimmungsorte die Kohlen löschen und mit einer neuen Ladung Weizen nach Liverpool fahren. Hier mußte es auf Dock, wo eine gründliche Reparatur notwendig wurde. Der Boden und einige Schiffsplanken waren schwer verbeult, die Reparatur dauerte 6 Wochen und kostete 100 000 M. In der Verhandlung stellte der Reichskommissar eingehende Fragen an den Kapitän über die Deviationstabelle und deren Berechnung durch den Kapitän, die dieser nur unzureichend beantworten konnte. Auch die Chronometerstandsangaben des Kapitäns sind ungenau, er hat sich bei Übernahme des Schiffes um diese so wichtigen Schiffsbestandteile gar nicht bekümmert. Überhaupt scheint manches faul gewesen zu sein. Der damalige Steuermann und jetzige Kapitän des Schiffes, Badewitz, hatte Andresen auf naheliegendes Land und auf die Wasserfärbung aufmerksam gemacht, doch erhielt er die Antwort, das habe nichts zu bedeuten. Der Kapitän änderte hierauf einfach auf Grund einer Schätzung den Kurs, ohne die Wasser-Tiefe zu prüfen. Bei dem gespannten Verhältnis kam es oft vor, daß die Steuerleute die Brücke verließen, wenn der Kapitän oben erschien. An dem Unfalltage soll Andresen den ersten Steuermann gar nicht vom Wachtdienstwechsel benachrichtigt haben, so daß das Schiff eine Zeitlang sozusagen den Matrosen überlassen war. Der Kapitän jagte den ersten Steuermann von der Brücke und titulierte ihn mit den gröbsten Schimpfworten vor und nach dem Unfall. Nach den Ausführungen des Reichskommissars ist der mangelhafte Wachtdienst für den Unfall mitverantwortlich, wenn auch die eigentliche Ursache nicht festzustellen ist. Doch sei die Lotung des Schiffes absolut mangelhaft gewesen. Die Angaben des Kapitäns könnten nicht richtig sein, er gehe den Fragen entweder aus dem Wege oder wisse es nicht mehr. Auch das Verhalten der Steuerleute sei nicht zu billigen, die einfach beim Erscheinen des Kapitäns Kehrt machten. Das Verhalten des Kapitäns schließe eine so grobe Nachlässigkeit in sich, daß er nicht fähig sei, ein Schiff richtig zu führen. Er beantrage deshalb, ihm das Schifferpatent zu entziehen. Der grobe Fehler des ersten Steuermanns, der sich um den Kurs des Schiffes nicht kümmerte, sondern die Arbeiten der Leute auf Deck beaufsichtigte, zeugten zwar auch von grober Fahrlässigkeit, beweise jedoch nicht dessen Unfähigkeit. Das Seeamt beschloß, die Verhandlung auszusetzen und weitere Ermittelungen anzustellen über das Verhalten des Kapitäns an Bord und insbesondere in bezug auf den Wachdienst. Es hält es für bedenklich, lediglich die Aussagen des verfeindeten Steuermannes zugrunde zu legen, da manche Fragen aufgetaucht waren, die der Kapitän heute nur unsicher beantworten konnte, weil er sie früher für wertlos hielt und nicht beachtete. — Ein Unfall des Dampfers „Hornsee" von derselben Reederei fand bei der Ausfahrt im Hafen von Haukipotas im Finnischen Meerbusen am 26. August v. J. statt. Der Kapitän Euler führte das Schiff seit 5 Jahren; er hatte beim Verlassen des Ankerplatzes einen staatlich angestellten Lotsen bei sich. Zehn Minuten später, 3,55 Uhr morgens, rannte das Schiff auf, konnte aber trotz aller Maschinenkraft nicht mehr loskommen. Auch zwei Schleppdampfer arbeiteten mit der Maschine des gestrandeten Schiffes vergebens, so daß der größte Teil der aus Holz bestehenden Decksladung gelöscht resp. über Bord geworfen werden mußte. Der Reichskommissar macht den russischen Lotsen für den Unfall verantwortlich, da die Schiffsleitung ihre Pflicht erfüllt habe. Dieser Auffassung schließt sich auch das Seeamt an, in dessen Spruch ausgeführt wird, daß der Lotse sogleich mit voller Kraft vom Ankerplatz losfahren ließ, ohne die nötigen Lotungen vorzunehmen.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Mai 1914. Befördert sind 1914: 1 084 503 Personen, 1913: 990 172 Personen, + 94 331 Personen. Eingenommen sind: 1914 116 535,87 Mk., 1913: 107 684,42 Mk., + 8 851,45 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. Mai 1914. Befördert sind: 1914: 2 094 360 Personen, 1913: 1 812 805 Personen, + 281 555 Personen. Eingenommen sind: 1914: 224 415,21 Mk., 1913: 194 400,86 Mk., mehr 30 014,35 Mk.

pl. **Im Hansa-Theater** wurde am Sonntag abend die Operettenposse „Der Juxbaron" von Kollo erstmalig aufgeführt. Natürlich ist der Text genau so wie Handlung Unsinn, aber doch sehr ulkig; wenigstens zeitweilig. Die Musik weist einige Nummern auf, von denen zu erwarten ist, daß sie ebenso populär werden, wie die „Puppchen"- und „Filmzauber"-Schlager, „Wenn das Mädchen einen Herrn hat" oder gar „Kleine Mädchen müssen schlafen gehen", solche Geistesblitze eines modernen Komponisten finden heutzutage ein großes Publikum. Die Aufführung der Operette war sehr gut. Herr Wilhelmi, der den Landstreicher und Juxbaron spielte, hatte eine Rolle, in welcher er seinen Humor, seine wirkungsvolle Komik und seine Beinfertigkeit zum größten Vergnügen des Auditoriums betätigen konnte. In den übrigen größeren Partien waren die Damen Zondervan und Wenke sowie die Herren Fiedler und Sumalvico erfolgreich tätig. Herr Kapellmeister Weigert dirigierte mit der erforderlichen Verve. Der Beifall war sehr lebhaft und nahm besonders bei den „Schlagern" eine lange Dauer an.

Nächtlicher Luftschiffbesuch. Heute Nacht kurz vor 2 Uhr passierte ein Zeppelin-Luftschiff unsere Stadt und weckte durch das laute Geräusch seiner Propeller viele Schläfer aus der Ruhe.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 24. bis 30. Mai sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Aachen 13,1, Altona 12,1, Augsburg 14,7, Barmen 13,9, Berlin 10,7, Berlin-Schöneberg 8,8, Berlin-Wilmersdorf 8,0, Bochum 19,0, Braunschweig 16,1, Bremen 12,9, Breslau 20,2, Cassel 13,7, Charlottenburg 10,5, Chemnitz 11,8, Cöln 14,1, Crefeld 10,5, Danzig 13,9, Düsseldorf 8,2, Elberfeld 12,4, Erfurt 14,7, Hamborn 17,7, Hamburg 13,1, Hannover 11,9, Karlsruhe —, Kiel 15,7, Königsberg 22,2, Leipzig 11,6, Lübeck 12,5, Magdeburg 14,8, Mainz 11,5, Mannheim 10,8, Mülheim a. R. 8,6, München 12,8, Neukölln 8,7, Nürnberg 10,7, Plauen i. V. 11,9, Posen 19,6, Saarbrücken 11,2, Stettin 11,4, Straßburg 12,5, Stuttgart 13,4, Wiesbaden 17,2, London 12,8, Paris 19,4, Wien 14,6.

pb. **Diebstähle.** In verflossener Nacht sind aus dem Auffang der Stadtmühle 40 Pfund kleine Sezaale abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — In der Nacht zum 27. Mai sind aus einem Schlosse in Borstel 14 Likörbecher, 12 Nachtischmesser, 3 Messer und 10 Nachtischlöffel mittels Einbruchs gestohlen. Gezeichnet sind die Sachen mit dem Monogramm J. B. und der Grafenkrone. — In verflossener Nacht sind in Lüdingsbek bei Ratzeburg mittels Einbruchs nachbenannte Sachen gestohlen: 1 goldener Trauring gez. S. Speckmann 1879, 1 Paar goldene Ohrringe mit schwarzem Stein. In den Steinen befindet sich ein kleiner weißer Stern. Eine goldene Brosche, zu den Ohrringen passend, 1 schwarzer Tuchüberzieher mit schwarzem Sammetkragen, eine grüne Winterjoppe und 50—60 Mark bares Geld, darunter für ca. 30 Mk. Nickelgeld.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Heute wird der „Juxbaron" wiederholt, der mit durchschlagendstem Erfolg Sonntag hier die Premiere erlebte. Mittwoch wird die Jarnosche Operette „Das Farmermädchen" mit dem Heldentenor Björnson wiederholt. Auf die Donnerstag stattfindende Premiere von Evers u. Metterhausen „Eheferien" sei besonders hingewiesen. Freitag wird der „Juxbaron" wiederholt.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Auf die am Mittwoch zur Wiederholung kommende Schauspielnovität „Jettchen Gebert" wird hiermit besonders hingewiesen. Donnerstag geht die Operettennovität „Hoheit — der Franz" zum letzten Male in Szene. Für Freitag ist die erfolgreiche Lustspielnovität „Als ich noch im Flügelkleide" von Albert Kehm und Martin Frehsee vorbereitet. In den Reihen der erfolgreichsten Lustspielneuheiten nimmt das „Fröhliche Spiel" einen allerersten Platz ein. Alle Mitwirkende werden dafür Sorge tragen, daß das entzückende Stück auch hier den großen Lacherfolg, den es an über 200 Bühnen hatte, hervorruft.

Eine eigene Zeitung der Carre-Festspiele liegt der heutigen Nummer unseres Blattes bei. Aus derselben können unsere Leser einen Einblick in die Mannigfaltigkeit des Riesenunternehmens erhalten.

Segeberg. Das Zeitalter der Organisation. In Segeberg fand dieser Tage die Tagung der schleswig-holsteinischen Junker statt. Der als Gast anwesende Bundeshäuptling Dr. Roesicke sagte bei dieser Gelegenheit über den Wert der Organisation: Wir stehen in einem Zeitalter der Organisation. „Wer sich nicht organisiert, wird überfahren. Wir können nicht auskommen mit der Partei-Organisation, wir müssen eine Organisation haben, die den systematischen Aufbau der Kräfte fördert, und das ist die wirtschaftliche Organisation. Die politischen und wirtschaftlichen Fragen lassen sich heute nicht mehr trennen. Wir müssen sie im Zusammenhang behandeln." — Also muß sich das Proletariat und vor allem auch die Landarbeiterschaft organisieren, denn Roesicke spricht aus Erfahrung, er kann den Wert der Organisation an den Profiten der Agrarier abmessen.

Hamburg. Preußisch-deutsche Polizeiwillkür. Die Düsseldorfer Polizei hat im Januar d. J. den Genossen Herold, Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, aus Preußen ausgewiesen, weil er österreichischer Abstammung ist und sich während eines Streiks in den dortigen Rhenaniawerken „lästig" gemacht haben soll. Herold, der Familienvater ist, wandte sich darauf nach Hamburg, wo er Stellung fand. Aber schon nach kurzer Zeit ereilte ihn auch hier der Ausweisungsbefehl, obwohl er sich in Rücksicht auf seine Familie jeder agitatorischen Tätigkeit für Partei oder Gewerkschaft enthalten hatte. Die Hamburger Polizei gab als Grund für die Maßregel an, daß H. in Preußen ausgewiesen ist. Die einzige Rücksicht, die sie walten ließ, war eine Verlängerung der Frist auf drei Monate, nach deren Ablauf Herold das „freie" Hamburg verlassen muß. — Fehlbetrag im Staatshaushalt. Nach einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft betreffend die Abrechnung des Staatshaushalts schließt das Jahr mit einem Fehlbetrag von 675 349 Mk. ab. Gegen die am 14. Februar bezw. die am 17. Oktober 1913 der Bürgerschaft mitgeteilte Schätzung, wonach sich ein Fehlbetrag von 1 747 400 Mk. ergab, hat sich der Fehlbetrag um rund 1 072 050 Mk. ermäßigt, die Einahmen haben sich um 672 000 Mark höher, die Ausgaben um 400 000 Mk. niedriger gestellt.

Hamburg. Opfer des Badens. Der außergewöhnlich schöne und heiße Sonntag hat Tausende und Abertausende ins Freie gelockt, und mancher suchte in den kühlen Fluten Erquickung und Linderung vor der drückenden Hitze des Tages. Leider haben sechs Menschen dabei ihr Leben lassen müssen. Der Genosse Paul Orth, der Turnwart des Barmbecker Männerturnvereins, machte mit mehreren Turnern am Sonntag einen Ausflug nach Geesthacht und ertrank beim Baden in der offenen Elbe. Da er als ein tüchtiger Schwimmer bekannt war, muß ihm ein Unglück zugestoßen sein. — Gleichfalls in der Nähe von Geesthacht ertrank in der Elbe der zwölfjährige Sohn unseres Geesthachter Genossen Lorenz Behrens. — In der Nähe der Dynamitfabrik Krümmel ertrank ebenfalls beim Baden in der offenen Elbe ein Mann, über dessen Persönlichkeit Näheres noch nicht bekannt ist. Auch am Strand der Unterelbe sind drei Menschen ertrunken. Ein junger Hamburger Arbeiter, August Schröder, der Springeltwiete 49 wohnte, wagte sich Sonntag nachmittag am Elbstrand bei Nienstedten zu weit in die Elbe hinaus. Er war des Schwimmens nicht kundig, wurde plötzlich von der Strömung erfaßt und ertrank, ohne daß ihm Hilfe werden konnte. — Am Strand von Wittenbergen fanden ein am Holsteinischen Kamp 114 wohnender Schlosser Karl Orinohl und ein Mann namens Gottlieb Pretsch, Brennerstraße 8 wohnhaft, ihren Tod in den Fluten.

Hamburg. Der Jahresbericht der Hamburger Parteiorganisation für das Geschäftsjahr 1913/14 läßt erkennen, daß auch unter ungünstigen Zeitverhältnissen die Werbetätigkeit unserer Genossen von Erfolg gekrönt war. Obwohl infolge andauernder Arbeitslosigkeit und auch infolge des unglücklich verlaufenen Werftarbeiterausstandes die Mitgliedschaft vorübergehend geschwächt wurde, haben die drei Wahlkreisvereine doch einen Mitgliederzuwachs von 6039 aufzuweisen. Gewonnen wurde dieser Zuwachs hauptsächlich durch Hausagitation, die zweimal in größerem Umfange vorgenommen wurde: einmal Ende Oktober mit dem Erfolg, daß 2351 neue Mitglieder und 647 „Echo"-Abonnenten gewonnen wurden, das andere mal in der roten Woche (8. bis 15. März), in welcher 10 604 Mitglieder und 1332 Abonnenten auf das Parteiorgan hinzukamen, zusammen also 13 982 Mitglieder und 2324 Abonnenten. Der Tod August Bebels, der in Hamburg als besonders schwerer Verlust empfunden wurde, stellte die Genossen des 1. Wahlkreises vor die Aufgabe, den von Bebel seit 1883 vertretenen Kreis in der Nachwahl zu verteidigen. Die Wahl am 17. Oktober ergab den glänzenden Sieg des Genossen Stolten. In Rücksicht darauf, daß 4181 Wähler wegen Woh-

Kungsveränderung (infolge der Sanierungsabbrüche) nicht wählen konnten, stellt sich die Mehrheit, mit der Stolten über fünf Gegner siegte, ebenbürtig den stolzen Stimmenzahlen an die Seite, mit denen Bebel regelmäßig gewählt wurde. Da Bebel auch Firmenträger der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. gewesen, mußte auch hier eine Ersatzwahl für ihn stattfinden. Es wurde Genosse H. Stubbe, Parteisekretär der Landesorganisation, gewählt. Im Verhältnis zu den bei der Reichstagswahl 1912 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen hat sich die Zahl der organisierten männlichen und weiblichen Mitglieder in Hamburg erhöht von 44,6 auf 49,1 Prozent. Die männlichen Mitglieder allein machen 40 Prozent der sozialdemokratischen Wählerschaft aus. Es gab insgesamt am 31. März 1914 in den drei Hamburger Wahlkreisen 67 862 Parteimitglieder, davon waren weiblich 11 684. Von den 56 178 männlichen Mitgliedern besaßen nur 18 838 (33 Proz.) das Bürgerrecht. Außerordentlich entfaltet hat sich das Arbeiterbildungswesen. Die Bildungskommission arbeitete mit einem Etat von 104 317 Mk. Außer den regelmäßigen Unterrichtskursen und Vortragszyklen wurden Volksschauspiele, literarische Abende und Opernvorstellungen mit besten künstlerischen Kräften veranstaltet, außerdem Märchenabende, die von 13 000 Kindern besucht waren. — Der Jugendbund umfaßt 1849 männliche und 784 weibliche Mitglieder, denen vier Jugendheime zur Verfügung stehen mit Bibliotheken von 300—400 Bänden. Die Zentral-Arbeiter-Bibliothek hat 36 325 Bände ausgeliehen, 7482 mehr als im Vorjahre. Das „Hamburger Echo" erscheint zurzeit in einer Auflage von 75 600. Druckerei und Verlagsgeschäft haben durch einen Erweiterungsbau beträchtliche Ausdehnung erfahren. Aus den Einnahmen des „Echo" konnten 10 000 Mark an die Parteikasse in Berlin überwiesen werden. Von den drei Wahlkreisen wurden an die Parteikasse in Berlin überwiesen 89 000 Mk., das sind 40 028 Mk. über den Pflichtbeitrag. Für Bildungswesen und Jugendorganisation wurden 26 306 Mk. aufgewendet, für die Kinderschutzkommission 1232 Mk., für den 19. hannoverschen Wahlkreis 2546 Mk. Der Fonds zur Erbauung von Versammlungshäusern hat eine Höhe von 151 081 Mk. erreicht. Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion kann, obwohl in aussichtsloser Minderheit in dem Parlament der Geldsacksrepublik, auf eine Reihe nicht unbedeutender Erfolge ihrer unermüdlichen kritischen und anregenden Tätigkeit zurückblicken. Alles in allem atmet der Bericht der Hamburger Landesorganisation unerschütterliches Kraftbewußtsein, das, durch beständigen Kampf mit den übermächtigen Gewalten eines großkapitalistischen Scharfmachertums gestählt, eines zwar langsamen aber sicheren Aufstiegs der Arbeiterklasse gewiß ist.

Neumünster. Schwere Unglücksfälle. Der älteste Sohn des Inspektors Wetzig von der Arbeiterkolonie in Rickling ist bei Ausübung seines Berufes vom Blitz erschlagen worden. Der Tod trat sofort ein. — Der Musikerlehrling Essenberger fiel beim Hineinspringen in die Schwele zum Baden auf einen spitzen Stein und schlitzte sich die Bauchwand auf. Er wurde in hoffnungslosem Zustand in das städtische Krankenhaus gebracht.

Malchin. Das Spielen mit dem Revolver hat schon wieder den Tod eines blühenden Menschenlebens im Gefolge gehabt. Die 24jährige Tochter des Werkstattschmiedes K. wurde in ihrem Zimmer tot aufgefunden. Neben der Leiche lag ein Revolver. Da Selbstmord nicht angenommen werden kann, wird angenommen, daß das junge Mädchen mit dem Revolver, der dem Bruder gehört, gespielt und sich so die tödliche Wunde beigebracht hat.

Wesselburen. 119 Schafe ertrunken. Einen empfindlichen Verlust erlitt der Schäfereibesitzer Duncker im Hedwigenkoog dadurch, daß 119 am Außendeich grasende Schafe von der Flut überrascht wurden und ertranken. Der Schaden beträgt 6—7000 Mark.

Marne. Kindesmord. Im Marner Neuenkoogsdeich wurde im Weizenfeld des Hofbesitzers B. daselbst die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Sie war in einem Pappkarton verpackt und durch einen Strick erdrosselt worden, den das Kind noch um den Hals trug.

Uetersen. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich hier Freitag abend. Der sechsjährige Sohn des Heizers v. Pein, der sich auf einem Brotwagen des Bäckermeisters Ad. Rönnfeld befand, stürzte während der Fahrt herab und fiel mit dem Kopf derart unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er einen Schädelbruch erlitt und nach wenigen Minuten verstarb.

Lüneburg. Vom Blitz erschlagen wurde in der Nähe von Steinbeck ein Ziegelarbeiter, der mit fünf Kollegen Schutz in einer Lehmhütte gesucht hatte. In Marwedel schlug ein Blitz in ein Gehöft und tötete mehrere Stück Vieh.

[] **Bremen.** Achtung, Erdarbeiter! Die Firma Baum aus Altrahlstedt bei Hamburg führt in Bremen größere Erdarbeiten aus. Und da derartigen Unternehmern das billigste und willigste Menschenmaterial bei solchen Arbeiten das liebste ist, so wurden auch von dieser Firma für diese Arbeiten zunächst Polen herangeholt. Alle Versuche der Bauarbeiter, die Leute für die Organisation zu gewinnen, schlugen fehl, ja die Polen konnten sich vor Freuden nicht lassen, als die Vertreter des Verbandes mit Gewalt von dem Gelände gebracht wurden. Doch die Polen wurden eines Tages aus Bremen ausgewiesen. Für den Unternehmer selbst handelte es sich ja nun darum, schnell Ersatz und zwar möglichst billigen zu beschaffen. So wurden denn nun ca. 60 Personen aus Schlesien, Ost- und Westpreußen herangeholt, darunter waren auch mehrere Frauen. Aber selbst diesen Leuten wurde das dort betriebene Ausbeutungssystem zu stark und als sie zu der Einsicht kamen, daß sie pro Stunde 15 bis 20 Pfg. unter den ortsüblichen Löhnen arbeiten sollten, schlossen sie sich dem Bauarbeiterverbande an, der nun die Interessen seiner Mitglieder zu wahren suchte. Dabei kam es zur Arbeitsniederlegung. Jetzt sucht die Firma an allen Orten Arbeitswillige. Aus Hamburg kam eine Kolonne in Stärke von 8 Mann, die angeblich durch ein Bureau in der Steinstraße geliefert worden sind. Die Arbeiter werden gebeten, ein aufmerksames Auge auf alle Anzeigen zu richten, durch die Erdarbeiter nach Bremen gesucht werden, oder in denen ein Vermittelungsbureau eine größere Zahl Arbeiter verlangt. Es ist anzunehmen, daß es sich in diesen Fällen um Anwerbung von Streikbrechern nach Bremen handelt.

[] **Oldenburg.** Fette Jahre der Landwirtschaft. Die Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg hat soeben einen umfangreichen Bericht über die Entwicklung der oldenburgischen Landwirtschaft in den Jahren von 1906 bis 1912 erscheinen lassen. Diese Epoche bedeutet für die Bevölkerung im allgemeinen wie für das städtische Industrieproletariat im besonderen eine Zeit schwerer Teuerung und verminderter Arbeitsgelegenheit. Um so besser ging es den Agrarier. In dem 450 Seiten umfassenden Bericht der Oldenburger Landwirtschaftskammer reiht sich Beweis an Beweis, daß die oldenburgische Landwirtschaft in dieser Zeit auf allen Gebieten mächtig vorwärts geschritten ist und Erfolge erzielt hat, über die mit sattem Behagen quittiert wird. Die Grundlage der oldenburgischen Landwirtschaft ist die Viehzucht. Aber auch der Getreidebau ist nicht ohne Bedeutung. Der Preis für die Tonne (20 Ztr.) Roggen stieg in der Berichtszeit von 163,88 Mk. auf 180,41 Mark. Im Jahre 1900 betrug er 147,95 Mk. Aehnlich beim Hafer: dieser wurde 1900 pro Tonne mit 140,14 Mk. bezahlt, stieg 1906 auf 167,01 Mk. und kostete wieder sechs Jahre später, also 1912, 182,45 Mk. Interessanter noch sind die aus der Viehproduktion und dem Viehverkauf mitgeteilten Zahlen. Es wurden versandt Pferde 1907: 2789, 1912: 3312, Rindvieh 1907: 56 650 Stück, 1912: 68 489 Stück; Schweine 1907: 324 220, 1912: 468 497. Besonders fällt die kolossale Zunahme der Schweineproduktion auf. Während die Pferde meist nach Oesterreich-Ungarn, Holland und der Türkei gingen, wurde das Schlachtvieh auf den inländischen Märkten abgesetzt und vorzugsweise in Köln, Essen, Dortmund, Hamburg, Bremen, Hannover und Berlin verwertet. Der Rindviehbestand betrug im Herzogtum 1904: 238 079 Stück, im Jahre 1912: 232 639 Stück, ergibt eine jährliche Zunahme von 5568 Stück. Diese Vermehrung der Viehproduktion ist in der Hauptsache eine Folge des Zollschutzes. Dies ergibt sich besonders aus der Steigerung der Viehpreise, wie sie der Bericht verzeichnet. „Es hat in den letzten Jahren", so meint der Bericht, „eine ziemlich erhebliche Steigerung sowohl der Mager- als auch der Fettviehpreise stattgefunden". Für fette Ochsen wurden pro Zentner gezahlt im Frühjahr 1906: 42,50 Mk., 1912: 50 Mk.; im Herbst 1906: 45,50 Mk., 1912: 52 Mk. Mehr noch ging der Preis für fette Schweine innerhalb des Berichtszeitraums in die Höhe. Zahlte man für den Zentner Lebendgewicht in den Wintermonaten des Jahres 1906: 44—46 Mk., so in den gleichen Monaten des Jahres 1912 60—65 Mk. Zurzeit sind die Preise wieder etwas gesunken. Bei dieser Preissteigerung ist es kein Wunder, daß die Zunahme der Schweine in den sieben Jahren 52 Proz. betrug. Daß schließlich auch die landwirtschaftlichen Nebenprodukte, wie Milch und Butter Preissteigerungen erfuhren, ist verständlich. Im Januar 1906 betrug der Preis für das Pfund Butter 123,6 Pfg., 1912: 147,0 Pfennig; im Dezember 1906: 127,0 Pfg. und im gleichen Monat 1912 141,9 Pfg. Im allgemeinen haben, so rühmt der Bericht, sich die Butterpreise „stark und nachhaltig" gehoben. Diese Blüte der Landwirtschaft hat natürlich eine starke Wertsteigerung des Grund und Bodens zur Folge gehabt. Selbst die Preise für unkultiviertes Land stiegen dank der agrarischen Gesetzgebung „ungeheuer". Zwangsverkäufe sind gar nicht vorgekommen. Die Pachtpreise für landwirtschaftliche Grundstücke schnellten rapid in die Höhe, in vielen Fällen bis zu 50 Prozent. Unterstützt wurde die Wertsteigerung der Produkte schließlich noch durch ein gut ausgebautes Genossenschaftssystem. Der Landwirt kann heute ruhig in die Zukunft schauen, meint der Bericht. Was aber der deutschen Arbeiterschaft die sieben Jahre gebracht haben, ist Not und Elend, Unterernährung, umfangreiche Arbeitslosigkeit gewesen.

[] **Celle.** Bauarbeiteraussperrung. Die Unternehmer haben sämtliche Bauarbeiter entlassen. Bei den Vorverhandlungen zum Tarifabschluß hatten die Celler Unternehmer in den örtlichen Verhandlungen ihre Zusage in fast bestimmter Form gegeben, daß im neuen Vertrage eine wöchentliche Arbeitszeit von 59 Stunden festgelegt werden sollte. Bei den allgemeinen Verhandlungen wurde dieses Abkommen nicht berücksichtigt, erst bei den späteren örtlichen Verhandlungen sollte die Sache erledigt werden. Aber auch hier wurde keine Einigkeit erzielt, wie denn überhaupt die Unterzeichnung des Vertrages immer wieder hinausgeschoben wurde. Dieser Verzögerung überdrüssig, haben schon die Zimmerer seit mehreren Wochen ohne weiteres Sonnabends die Arbeit eine Stunde früher verlassen. Als jetzt nun aber Maurer und Bauhilfsarbeiter sich den Zimmerern anschlossen und ebenfalls eine Stunde früher Feierabend machten, erschien der Unternehmerverband auf dem Plane. Zunächst wurde den Zentralverbänden nahegelegt, ihre Mitglieder zur Raison zu bringen. Aber die Celler Bauarbeiter stellten sich auf den Standpunkt: Wir verlangen nur das, was uns von den Unternehmern zugesichert worden ist. Auf Veranlassung des Nordwestdeutschen Arbeitgeberbundes, Sitz Hannover, wurde nun an allen Arbeitsplätzen in Celle eine Bekanntmachung angeklebt, wonach sich jeder als entlassen zu betrachten habe, der am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend mache als nach dem alten Tarif statthaft sei. Die Arbeiter aber blieben dabei und verließen ihre Arbeitsplätze an Sonnabenden eine Stunde früher. Die Folge davon war, daß am Montag 200 Bauarbeiter und 40 Zimmerer entlassen wurden.

Helgoland. Ein Wasserflugzeug abgestürzt. Montag morgen ist unweit der Spitze der Ostmole des Hafens ein Wasserflugzeug abgestürzt. Der Führer und der Fahrgast wurden gerettet. Das Flugzeug wurde von einem Motorboot in den Hafen geschleppt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die Beerdigung meines Sohnes **Hans** findet am Mittwoch, d. 17. Juni, nachmittags **2 Uhr**, von der Leichenhalle Vorwerk aus statt. **nicht** 3½ Uhr. **Johs. Wulfram.**

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben unvergeßlichen Gatten, spreche ich allen, die mich in so hilfsreichem Maße zur Seite standen, insbesondere dem Wahlverein, dem Vorstand des Konsumvereins, dem Handlungsgehilfen- u. Lagerhalter-Verband meinen aufrichtigsten Dank aus. Lübeck, den 15. Juni 1914.
Frau Anna Krause, geb. **Brinck.**

Frau sucht Morgenstelle
oder Beschäftigung im Nähen.
Angeb. unt. **J S** an die Exp. (4770

1 Parterre-Stube u. Küche
zu vermieten.
4774) Steinrader Weg 7.

Umständehalber noch **eine kleine Wohnung** zum 1. Juli zu vermiet.
4775) Lanzer Lohberg 57.

Gesucht zum 1. Oktober eine **2-Zimmer-Wohnung,** möglichst Holstentor, von Eheleuten mit einem Kind. Angebote unter **A V** an die Expedition d. Bl. (4767

Gesucht zum 1. Okt. v. ruh. Ehepaar mit 1 Kind **2-Stubenwohn.** Nähe Burgtor. Angeb. mit Preis unter **R D** an die Exped. (4757

Ein kleines Haus mit 1—2 Wohnungen zum 1. Oktober zu mieten gesucht. Angeb. u. **A B S** an die Exped. d. Bl. (4761

Guterh. schwarzer Rockanzug
mittlere Figur, zu verkaufen.
4758) Birkenstraße 4, I.

Guterhaltener Sofatisch
zu verkaufen. (4756
Hochstraße 20, part. Hinterh. links.

Kopfsalat u. kräftige Steckrübenpflanzen hat bill. abzugeb.
4776) Brauerei Fackenburg.

Tapezieren, Anfertigen von Sofas und Matratzen. Angeb. u. **S P 22** an die Exped. (4759

Buttermilch zu jeder Zeit

als Suppe, als Getränk.

Für Sommer und Winter
bleibt das unerreichte Getränk
nahrhaft, bekömmlich, durststillend.

Der Buttermilchkonsum steigt von Jahr zu Jahr!

4768 (Fortsetzung folgt.)

Junge Legehühner
zu verk. (4766) Warendorpstr. 70.

Verloren am Sonntag, 14. Juni, mittags in **Schwartau** ein mattgoldenes **Gliederarmband** mit 3 kl. Brillanten und kl. Sicherheitsspange ohne Kette. Abzug. geg. **hohe Belohnung** Wickedestr. 49, p.

F. W. Tietz
Lübeck, Pelzerstr. 24
4765 empfiehlt sich zum
Transport von Möbeln, Holz und Brennmaterialien
bei billigster Berechnung.
Uebernahme kleinerer Umzüge.

4308

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
280 **Uebernahme ganzer Beerdigungen.**
Größtes Lager in Särgen, Grabsteinen, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. Billigste Preise.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (281

Ansichts-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Charles Dickens' ausgewählte Werke
in 2 Bände gebunden, enthaltend die Erzählungen: **Oliver Twist, Nikolaus Nickleby, Klein Derrit** und verschiedene andere sind wieder vorrätig. Preis 3 Mk.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 137. Dienstag, den 16. Juni 1914. 21. Jahrg.

Einkommen und Lebenshaltung in Preußen.

Das vor kurzem erschienene Statistische Jahrbuch für den preußischen Staat, Jahrgang 1913, bringt eine Zusammenstellung der Einkommensverhältnisse in Preußen während der 21 Jahre 1892—1913, seit das gegenwärtige Besteuerungssystem in Preußen besteht. Die nackten Zahlen scheinen auf den ersten Blick eine überraschende Steigerung des Wohlstandes in allen Schichten der Bevölkerung zu beweisen und werden infolgedessen auch in der gegnerischen Agitation bald eine Rolle spielen. Es erscheint deshalb angebracht, die Zahlen einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen.

Seit dem Jahre 1895 sind für die verschiedenen Einkommenstufen immer zwei Zahlenreihen angegeben, erstens die Zahl der Personen, welche das Einkommen beziehen, für sich allein, und dann noch einmal diese Personen zusammen mit ihren Angehörigen, die sie zu versorgen haben. Beide Zahlenreihen hier wiederzugeben, würde die Uebersicht und das Verständnis sehr erschweren. Das sozial richtigere Bild geben zweifellos die Zahlen einschließlich der Angehörigen; denn es kommt eben doch hauptsächlich darauf an, wieviel Menschen von den jeweiligen Einkommen leben und ernährt werden müssen.

Wir geben zunächst diese Zahlen. Es betrug die

Im Durchschnitt der Jahre	Gesamtzahl der Bevölkerung	Zahl der Personen (einschließlich der Angehörigen) mit einem Einkommen von						
		unter 900 Mk.	900 bis 3000 Mk.	3000 bis 9500 Mk.	9500 bis 30 500 Mk.	30 500 bis 100 000 Mk.	über 100 000 Mk.	insgesamt über 900 Mk.
1895/96	31 000 000	21 100 000	8 900 000	900 000	155 000	30 800	5 500	10 000 000
1897/01	32 900 000	21 100 000	10 600 000	1 100 000	189 600	38 500	7 700	11 900 000
1902/06	35 700 000	20 500 000	13 600 000	1 300 000	221 000	44 400	8 900	15 200 000
1907/11	38 600 000	17 500 000	19 000 000	1 800 000	269 000	56 200	11 800	21 100 000
1913	40 800 000	15 500 000	22 500 000	2 300 000	317 000	66 600	14 200	25 200 000

(Wo sich kleine Differenzen ergeben, liegen sie daran, daß wir die amtlichen Zahlen abgerundet haben.)

Stellen wir jetzt nebeneinander die Zahlen derjenigen, die unter 900 Mk. Einkommen hatten, und diejenigen, die darüber hatten, und ihre Verhältniszahlen, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Gesamtbevölkerung	unter 900 Mk.	% ca.	über 900 Mk.	% ca.
1895/96	31 000 000	21 100 000	68,—	10 000 000	32,—
97/01	32 900 000	21 000 000	63,8	11 900 000	36,2
02/06	35 700 000	20 500 000	57,4	15 200 000	42 6
07/11	38 600 000	17 500 000	45,—	21 100 000	55 —
1913	40 800 000	15 500 000	38,—	25 200 000	62,—

Dies ist die Tabelle, aus der alle „Staatserhaltenden" die andauernde Besserung der Zustände in Preußen herauslesen werden. Nicht nur relativ, sondern auch absolut hat die Zahl der Armen und Aermsten, die keine 900 Mark pro Jahr haben, abgenommen, während die Zahl der Bessergestellten — mit über 900 Mk. Einkommen — rapid gewachsen ist. Das Verhältnis zwischen den Armen und Wohlhabenden hat sich, so scheint es, geradezu umgekehrt. 1895 gab es 68 Prozent bitter Arme und 32 Prozent „Wohlhabende"; 1913 dagegen nur noch 38 Prozent Arme und 62 Prozent Wohlhabende.

Dieses verblüffende Resultat wird dadurch erreicht, daß ganz willkürlich und durchaus unzutreffend die Grenze zwischen Armen und Wohlhabenden bei 900 Mk. Jahreseinkommen angesetzt wird. Ist denn ein Mensch, der heutzutage 1000 Mk. oder selbst 1500 Mk. Jahreseinkommen hat, wohlhabend? Man hat vor 21 Jahren in Preußen die Einkommen unter 900 Mk. steuerfrei gelassen unter der stillschweigenden Annahme, daß dies das Existenzminimum sei. Wir wollen nicht darüber streiten, ob es 1892 und 1895 in Preußen möglich war, mit 900 Mark eine Familie zu ernähren. Da aber seither — und zwar gerade seit 1896 — der Lebensunterhalt kolossal im Preise gestiegen ist, so geht es nicht an, 900 Mark von damals ohne weiteres gleich 900 Mark von heute zu setzen. Um zu einem richtigen Bilde zu gelangen, wird man vielmehr neben das Existenzminimum von damals das Existenzminimum von heute stellen müssen. Und dieses ist jetzt zuerst zu ermitteln.

Nach den Angaben von Richard Calwer, über deren Herkunft und Wert in der Oeffentlichkeit so oft gehandelt worden ist, daß man sie als bekannt voraussetzen darf, kostete der notwendige Bedarf an Nahrungsmitteln für eine kleine Familie (vier Köpfe) im Jahre 1913 durchschnittlich 25,80 Mark pro Woche. Das sind bereits 1340 Mark für das ganze Jahr. Rechnet man dazu Wohnung, Kleidung, Beleuchtung, Heizung und was sonst zu des Lebens Notdurft gehört, so ist es gewiß nicht übertrieben, wenn man das Existenzminimum auf 1800 Mark veranschlagt. Auf dieselbe Summe kommen auch sehr „staatserhaltende" Leute, wie z. B. der Verein der „königstreuen" Eisenbahner in einer Petition, die er im Oktober 1912 an das preußische Abgeordnetenhaus richtete.

Wie groß war denn nun in Preußen die Zahl derer, die im Jahre 1913 weniger als 1800 Mark Einkommen hatten? Leider werden die Zahlen, die hierfür in Betracht kommen, im Jahrbuch nur ohne die Angehörigen angegeben, so daß der Vergleich etwas erschwert wird.

Es hatten im Jahre 1913

unter 900 Mk. Einkommen . . .	8 100 000	Personen
wenig über 900 Mk. Einkommen, so daß sie steuerfrei blieben . . .	600 000	„
900 bis 1050 Mk. Einkommen . .	1 400 000	„
1050 „ 1200 „ „ . .	1 200 000	„
1200 „ 1350 „ „ . .	950 000	„
1350 „ 1500 „ „ . .	850 000	„
1500 „ 1650 „ „ . .	600 000	„
1650 „ 1800 „ „ . .	500 000	„
	14 200 000	Personen.

Da diese ohne die Angehörigen gerechnet sind, müssen wir sie in Beziehung setzen zur Gesamtzahl der Selbständigen ohne Angehörige. Die betrug im Jahre 1913 rund 16 000 000, 14 200 000 Zensiten mit einem Einkommen bis 1800 im Verhältnis zur Gesamtzahl der Zensiten ohne Angehörige (16 000 000) ergibt, daß 89 Prozent unter dem angenommenen Existenzminimum von 1800 Mark stehen! Aber selbst, wenn das Existenzminimum statt mit 1800 mit 1500 Mk. bemessen würde, stehen noch 13 100 000 Personen oder ungefähr 82 Proz. der Gesamtzahl unter dem Existenzminimum. Von einer Entwickelung zum „Wohlstand", einem Aufsteigen des Proletariats kann also gar keine Rede sein.

Aus der Partei.

Das sozialdemokratische Familienblatt. Das illustrierte Familienblatt, dessen Herausgabe der letzte sozialdemokratische Parteitag zu Jena beschloß, wird mit dem Namen „In allen Gassen" seinen Weg in die proletarische Welt antreten. Ueberall — in allen Gassen des arbeitenden Volkes also — will es für die Ruhestunden des Kampfes Männern und Frauen und ihrem jungen Nachwuchs ein willkommener Gefährte werden, der zur Sammlung der Kräfte aus dem Engen ins Weite, dem Dunklen ins Helle, dem Müden ins Erfrischte zu führen versteht. Jede der vierzehntägig erscheinenden Nummern wird mit zahlreichen, durch Tiefdruck wiedergegebenen photographischen Aufnahmen vom Leben der unmittelbaren Gegenwart zeugen. Das Bild wird ein hervorragendes Element dieses Hausblattes der Arbeiterschaft sein. Jede Nummer bringt ein Romanwerk, kürzere Erzählungen und durch Bilder unterstützte Aufsätze zu Fragen des Wissens, die im Fluß sind; jede wird ein Ratgeber sein, dem alles wichtig ist, was den Einzelnen und seine Familie fördern kann. Die gesunden Kulturkräfte, die im Proletariat aufwärts in Bewegung sind, will die neue Zeitschrift beschäftigen, daß sie im kleinen wie im großen ihres hohen Wertes bewußt werden. Die Hefte der Zeitschrift werden mindestens 32 Seiten stark sein und 20 Pfg. kosten. Die redaktionelle Leitung wurde dem Genossen Dr. Franz Diederich übertragen, der deshalb mit Ablauf dieses Monats aus der Feuilleton-Redaktion des „Vorwärts" ausscheiden wird. Die erste Nummer der Zeitschrift wird als Werbenummer gegen Mitte September erscheinen. Zuschriften an Redaktion und Verlag sind nach Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Unter der Anklage der Beleidigung preußischer Polizeibeamten in ihrer Allgemeinheit stand der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts", Alfred Wielepp, vor dem Berliner Landgericht. Unter Anklage gestellt war ein am 20. Januar d. J. veröffentlichter Artikel unter dem Titel „Jagow, wo bist du?" Der in satirischer Form gehaltene Artikel knüpfte an die Tatsache an, daß in Herten i. W. ein Verein abstinenter Polizeibeamter gegründet worden ist, und rief den Polizeipräsidenten, der ja schon ein Verbot zur Vereinigung seiner Schutzleute habe ergehen lassen, zu einem „Rechtsgutachten" gegen jene „für die staatliche Autorität überaus gefährliche Organisation" auf. Der Gerichtshof nahm an, daß hier die berechtigten Grenzen der Satire überschritten worden seien und verurteilte den Angeklagten zu 200 Mk. Geldstrafe.

Zu den Einigungsbestrebungen im englischen Sozialismus. Die Urabstimmung, die innerhalb der British Sozialist Party über den Vorschlag, sich der Arbeiterpartei anzugliedern und mit der unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party) und der Fabian Society ein gemischtes Komitee zu bilden, vorgenommen wurde, ergab folgendes Resultat: Für den Vorschlag 3263 Stimmen, gegen 2410 Stimmen, ungültig 522 Stimmen, also eine Majorität von 853 Stimmen für den Vorschlag. Ein Manifest, das von dem Exekutivkomitee der British Sozialist Party veröffentlicht wurde, setzt auseinander, daß die B. S. P. ihre vollkommene Freiheit in bezug auf die Wahlen und die Propaganda sich bewahrt. Es wird dargelegt, daß der Unterschied zwischen den Verhältnissen auf dem Kontinent und Großbritannien darin liegt, daß die Gewerkschaftsorganisationen auf dem

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(1. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die Anziehungskraft blieb aber keineswegs auf ihn und auf den engeren Kreis der Verehrer beschränkt. Ein Loblied auf einen besonders delikaten Bissen klang vielen Ohren wie Sphärenmusik. Daß Dagmar ihn persönlich herrichtete und servierte, verfeinerte noch den Reiz. Wenn Asmussen sich einen besonderen Tisch für bessern Geschmack anlegen wollte, wäre es eine Versündigung an den Gaben Gottes gewesen, wenn man davon keinen Gebrauch machen wollte.

Ueberdies hatten viele nur auf einen brauchbaren Vorwand gewartet, um sich das Morgenseidel von Dagmars Hand auf die braune Tischplatte setzen zu lassen. Es war also kein Wunder, daß der Zahnarzt bald in einer angeregten Runde von Herren saß, die sonst in der „Krone" oder anderswo ihren Frühschoppen getrunken hatten. Septimus Möller, der besonders am Morgen einen pikanten Bissen brauchte, erschien so oft es ihm seine Praxis erlaubte. Auch Axel nahm gelegentlich am Tische Platz, wenn er in Geschäften bei Asmussen war.

Der Referendar Westphal steckte das erste Frühstück bei seiner Wirtin, das er immer sehr von oben herab behandelt hatte, nunmehr ganz auf. Er labte sich an jedem frühen Morgen bei Dagmar, ehe er sich in das sorgenvolle Zimmer des Gerichts hineingetraute. Nach den Amtsstunden fehlte er dann selbstverständlich niemals bei dem allgemeinen offiziellen Frühschoppen. Er fehlte überhaupt nie an dem runden Tische, wenn er auch nur von fern vermuten konnte, irgendeinen Bekannten hier zu treffen. Der Zahnarzt und er hatten hier so etwas wie ihre eigentliche Heimat gefunden.

Im übrigen widerstanden auch die alten Vormittagsgäste nur selten dem Reize von Dagmars Frühstückskunst. Das frühere einfache Butterbrot geriet ganz in Vergessenheit, und wenn das neue delikate Tellerchen erschien, schmunzelten nicht nur die glücklichen Besitzer, es ging ein Schmunzeln und Leuchten um den ganzen Tisch. Am meisten aber freute sich Asmussen selber, obwohl er nie von diesen Dingen aß. Er hielt sich an die Sachen, die er gewohnt war und die ihm noch immer am besten schmeckten. Er freute sich aber über das allgemeine Lob der Gäste; jedes Wort von diesem Lobe klang wie Musik in seinen Ohren. Wenn Asmussen nun in der beginnenden Nacht allein saß, wenn auch Dagmar oben in ihrem Zimmer schlief, sahen seine stillen Augen in glückliche Träume hinein. Er sah das Hotel auf der schönen Uferhöhe liegen, er sah es blühen und gedeihen, er sah die fremden Herren und Damen in den Gassen des Städtchens umhergehen, er sah die Vaterstadt sich heben, er sah die fröhlich angeregte Gesellschaft, die sich immer um den runden Tisch zu versammeln pflegte; er gedachte der munteren Stimmung, die nun an jedem Vormittag den alten Raum belebte; er sah Dagmars immer heitere Tätigkeit, er sah auch den Ernst in ihren Augen, wenn er mit ihr allein sprach: es war alles so schön und gut für ihn geworden. Ernste und verantwortungsvolle Aufgaben waren in sein Leben gekommen, aber auch Jugend und Zukunft, und für ein junges Menschenkind, das in einem schlechten Hause aufgewachsen war, hatte er einen umfriedeten Kreis der Arbeit geschaffen. Asmussen suchte nie sein Lager auf, ohne der unbekannten Vorsehung zu danken, an die er glaubte.

„Wissen Sie, Herr Asmussen," sagte Dagmar an einem halbdunklen Morgen, als sie beide noch allein in der Gaststube waren, „ich hätte Ihnen etwas zu sagen."

„Nun, dann setzen wir uns."

Asmussen setzte sich an den runden Tisch, an dem sie am Morgen ihre vertraulichen Besprechungen abzuhalten pflegten, und Dagmar nahm ihm gegenüber Platz. Einen Augenblick horchte sie in die Küche hinaus. Dann rückte sie dicht an Asmussen heran und dämpfte die Stimme.

„Es geht um das zweite Mädchen. Ich möchte nicht, daß sie etwas hört."

„Was ist mit ihr?" Er konnte ein leises Befremden nicht unterdrücken.

„Sie ist nur wenig stark."

„Das glaube ich selbst," kam es gedehnt zurück, „aber man muß Geduld haben."

„Ob man ihr nicht helfen könnte?"

„Wie meinen Sie das?"

„Ja, sehen Sie, sie kann morgens nicht vom Bette loskommen, und wenn sie hinunterkommt, ist sie matt bei der Arbeit. Wenn man sie nun zwei Stunden länger „schlafen" ließe, es würde ihr sicher guttun."

„Wird sich das aber machen lassen?"

„Warum nicht? Ich packe selbst mit an und dann werde ich leicht mit einem Mädchen fertig."

„Sie haben sowieso Ihren Teil. Sie können sich nicht am Morgen müde arbeiten, wenn Sie am Vormittag für sämtliche Gäste sorgen sollen." Asmussen sann auf einen andern Ausweg.

„Herr Asmussen," sagte Dagmar ernst, „danach bin ich in Kiel nicht gefragt worden; ich habe dort unten das Doppelte geschafft. Dies hier ist eine Kleinigkeit."

„Nun, wenn Sie meinen."

„Ich möchte es gern," kam es einfach zurück.

„Dann will ichs dem Mädchen sagen." Asmussen begann aufzustehen.

„Es ist noch etwas andres da." Dagmar spielte mit den Fingern auf der Tischplatte und sah verlegen von ihm weg.

„Und?"

„Ihre Sachen sehen so armselig aus. Sie kann unmöglich viel Wärme davon haben."

Asmussen wartete zunächst, wo es hinaus wollte.

„Es hat mich gewundert, weil sie ein ordentliches Mädchen ist. Als neulich ein Mann aus ihrer Gegend bei uns war, habe ich ihn darum gefragt. Die Mutter ist Witwe. Es soll bei ihr sehr traurig aussehen."

„Und weiter."

„Ja, es ist ja nicht so einfach, so etwas." Ihr Gesicht war von einer dunklen Röte überflogen und sie sah in tiefer Verlegenheit von ihm weg. „Ich weiß ja, wie es tut, wenn man — unter dem Elternhaus leidet."

Sie sprang jäh auf, ging schnell nach vorn ans Fenster und blickte wortlos hinaus.

„Was wollen Sie, daß ich tun soll?"

Sie blieb unbeweglich stehen, es kam keine Antwort.

Asmussen stand auf und ging auf den Zehenspitzen in ihre Nähe.

„Ich will alles tun, was Sie von mir verlangen."

Sie stand noch eine Weile. Dann drehte sie sich mit einem Ruck herum und lachte ihn an, als lache sie über die eigne Torheit.

„Verzeihen Sie nur, aber ich will gar nichts von Ihnen." Sie sagte das in einem schmollenden Tone.

„Das begreife ich nicht."

„Nicht?" Der Schelm blitzte ihr im Auge.

„Setzen Sie sich," sagte sie plötzlich streng und wies auf einen Stuhl.

Asmussen setzte sich gehorsam.

„Also aufgepaßt! Ich war in Kiel zuerst Zimmermädchen, das wissen Sie doch?"

Asmussen nickte.

„Aus der Zeit habe ich eine ganze Menge Sachen, die ich heute nicht mehr trage. Begreifen Sie das? Na, also, die will ich ihr schenken, und dafür lassen Sie mich reden, bis man selber ganz dumm wird." Sie schmollte wieder. „Darf ich nun, oder darf ich nicht?"

„Aber natürlich dürfen Sie!"

„Trallala!" Sie flog hinter den Schenktisch, um ihren Schlüsselbund zu holen.

Kontinent gewachsen sind mit der sozialistischen Auffassung von der Aufgabe der Arbeiterklasse; während in England der Tradeunionismus aus einem unklaren Gefühl der Klassensolidarität, verbunden mit der Einsicht von der Notwendigkeit, dem Druck der kapitalistischen Ausbeutung zu widerstehen, hervorgegangen ist. Die Tradeunionisten setzen sich aus den besten, den fähigsten und energischsten Gliedern der englischen Arbeiterbewegung zusammen, erklärt das Manifest der B. S. P. Es gibt kein besseres Feld für die Propaganda unserer revolutionären Lehren, als den Kreis der Tradeunionisten. Die zweckmäßigste und nützlichste Arbeit wird bei ihnen geleistet werden können. Wir werden deshalb in der Zukunft viel mehr Erfolg innerhalb der Labour Party haben, als außerhalb derselben.

11. Genossenschaftstag.

k. Bremen, 14. Juni.

Im geschmückten Saale der „Zentralhalle" wurde heute abend der elfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eröffnet. Die Tagung ist von rund 850 Delegierten besucht. Die Gewerkschaften, die in engerer Verbindung mit den Genossenschaften stehen, haben besondere Vertreter entsandt; so die Verbände der Transportarbeiter, Handlungsgehilfen, Bäcker und Tabakarbeiter. Die Generalkommission vertreten ihre Mitglieder Umbreit und Knoll (Berlin). Ferner sind als Gäste wie in früheren Jahren zahlreiche Vertreter ausländischer Genossenschaften anwesend. Auch der bremische Senat läßt sich vertreten. Das Reichsamt des Innern hat eine Einladung mit der Begründung abgelehnt, daß die Geschäfte eine Vertretung nicht erlauben.

Die Eröffnungssitzung wurde eingeleitet durch stimmungsvolle Begrüßungsvorträge des gemischten Chors vom Arbeitergesangverein „Bremen". Verbandsvorsitzender Barth-München wies in seiner Begrüßungsansprache auf das stete Wachstum der Genossenschaftsbewegung hin. Dies komme rein äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß die Zahl der Delegierten des Genossenschaftstages sich von Jahr zu Jahr vermehre.

Namens des Bremer Konsumvereins begrüßte Thierfelder-Bremen den Genossenschaftstag. Er betonte einleitend, das Bürgeramt habe eine Vertretung abgelehnt, da der Genossenschaftstag doch nur eine sozialdemokratische Veranstaltung sei. Im selben Augenblick habe das Amt beschlossen, die morgen beginnende Tagung der Schornsteinfegerinnung zu beschicken. Redner schildert dann die Entwicklung der Bremer Genossenschaft. Der genossenschaftliche Gedanke habe in Bremen gute Wurzel geschlagen. Der Konsumverein könne sich aber nur auf die Arbeiterschaft und ihre Presse verlassen. Redner wünscht den Verhandlungen besten Erfolg.

Die Grüße und Glückwünsche des Internationalen Genossenschaftsbundes überbrachte Whitehead-Manchester. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß die deutsche Genossenschaftsbewegung auch im verflossenen Jahre gute Erfolge buchen kann. Er wünscht, daß diese Fortschritte anhalten.

Es folgten eine Reihe weiterer Begrüßungsansprachen durch die ausländischen Delegierten, die alle von demselben Gedankengang getragen waren. Die Redner gaben ein Bild der Genossenschaftsbewegung ihrer Länder. Die Genossenschaften würden mit dazu beitragen, die Völker einander näher zu bringen, sie seien ein Band der Brüderlichkeit; im Interesse der Kultur müsse man wünschen, daß der Fortschritt der Genossenschaften anhalte.

Der österreichische Vertreter, Genosse Dr. Renner, erklärte mit Bedauern, von einem großen Erfolg der österreichischen Genossenschaften nicht berichten zu können. Diese seien ein unmittelbares Opfer des Balkankrieges geworden. Der Krieg habe Geschäftsstockungen auch in Oesterreich gebracht. Im Lande hätten die Genossenschaften einen hartnäckigen Krieg mit den Krämern zu führen, die in den Gemeinden die Macht hätten. Sie in Oesterreich hätten wohl den allerschwersten, steinichten Boden zu bearbeiten. Ohne die Solidarität der Partei und Gewerkschaften könnten sie keine Erfolge erzielen. Diese Solidarität sei ihnen ein heiliges Besitztum geworden, sie verbinde sie mit der Arbeiterschaft Deutschlands.

Die Grüße der deutschen Gewerkschaften überbrachte Umbreit-Berlin. Er betonte, die Verbindung der deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften bestehe nicht nur durch die Vertretung auf den beiderseitigen Kongressen, sie habe eine Reihe positiver Erfolge für beide Teile erzielt, deren letzte die „Volksfürsorge" sei. Diese gemeinschaftliche Einrichtung solle aber nicht die letzte sein. Er hoffe, daß sie nur der Anfang eines gemeinsamen segensreichen Unternehmens sein werde. Viele Aufgaben ständen noch bevor: auf dem Gebiete des Anlegens der Gelder von Gewerkschaften und Arbeitern, des Kleinwohnungsbaues usw. Die Arbeiter in den Genossenschaften dächten nicht daran, ihr Produzenteninteresse über das Konsumenteninteresse zu stellen.

Ueber den Internationalen Genossenschaftsbund machte dann Lorenz (Hamburg) kurze Mitteilungen. Dem Bund seien 24 Länder mit 8 Millionen Genossenschaftler angeschlossen.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Die erste Generalversammlung der „Volksfürsorge"

trat am Sonnabend, dem 13. Juni 1914 im Gewerkschaftshause in Hamburg zusammen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Gustav Bauer-Berlin, eröffnete dieselbe vormittags 11½ Uhr. Sämtliche Aktien waren, teilweise durch ihren Inhaber, teilweise durch Bevollmächtigte vertreten. Den Geschäftsbericht für das erste Geschäftsjahr (1. Juli bis 31. Dezember 1913) erstattete das geschäftsführende Vorstandsmitglied A. von Elm an der Hand des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichtes.

Demselben ist zu entnehmen, daß in der genannten Zeit insgesamt 74 746 Anträge mit einer Versicherungssumme von 13 797 416 Mk. eingegangen waren. Abgeschlossen wurden davon bis zum Ende des Berichtsjahres 70 401 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 12 952 280 Mk. Abgelehnt oder zurückgezogen wurden 246 Anträge mit 105 618 Mark Versicherungssumme. 4099 Anträge mit einer Versicherungssumme von 739 517 Mk. wurden als unerledigt in das Geschäftsjahr 1914 übernommen. Von den Sparversicherungen gelangten 3106 Anträge mit einer Prämiensumme von 27 085 Mk. und einer Versicherungssumme von 42 738 Mk. zur Gutschrift.

Die Prämieneinnahme betrug insgesamt 1 080 492 Mark, die Einnahme an Zinsen 25 126 Mk. Unter den 64 durch Tod abgegangenen Versicherten waren 2, deren Tod auf einen Unfall zurückzuführen war; in beiden Fällen wurde die volle Versicherung gezahlt. Der Sterblichkeitsgewinn beträgt 18 320 Mk. Wie die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung ergeben, beträgt der erzielte Ueberschuß 68 066,22 Mk. Davon sind nach den Vorschriften des Gesellschaftsvertrages dem gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds mindestens 5 Prozent gleich 3303,31 Mk. zuzuführen; dem Kriegsreservefonds, für besondere Reserven und zur Auffüllung des Reservefonds werden ebenfalls je 5 Prozent überwiesen, so daß noch ein Ueberschuß von 52 852,98 Mk. zur freien Verfügung steht.

Der Vorstand schlug der Generalversammlung vor, für dieses Geschäftsjahr die vorgesehene Verzinsung des Aktienkapitals nicht eintreten zu lassen, dafür aber der Gewinnreserve der Versicherten 48 300,46 Mk. als Gewinnanteile den Versicherten zu überweisen und den Rest von 4552,02 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Bilanz ist beim Kaiserlichen Aufsichtsamt vorgelegen, dasselbe hat keine Einwendungen dagegen; v. Elm ersucht die Generalversammlung, die vorgelegte Bilanz zu genehmigen.

Den Bericht des Aufsichtsrates erstattet Bauer-Berlin. Der Aufsichtsrat stimmt dem Bericht des Vorstandes sowie der vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu und beantragt: die Generalversammlung wolle der Jahresrechnung die Genehmigung und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilen.

Für die Revisionskommission des Aufsichtsrates berichtete Junger-Berlin, daß der Rechnungsabschluß mit den Büchern in Uebereinstimmung befunden wurde und die Prüfung der Wertbestände keine Anstände ergeben habe.

Der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat wird hierauf einstimmig zugestimmt.

Sailer-Ludwigshafen fragt an, ob an der in der Presse vielfach auftretenden Behauptung, die sozialdemokratische Partei sei an der Volksfürsorge beteiligt, etwas Wahres sei.

Darauf erklärt der Vorsitzende Bauer-Berlin, daß diese Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen. Die sämtlichen Aktien seien in Händen gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Korporationen und könnten nur unter Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat auf andere übertragen werden. Die sozialdemokratische Partei könne sonach keine Aktien haben und habe keine, sie sei weder finanziell noch in anderer Weise an der Volksfürsorge beteiligt. Wenn einzelne Preßäußerungen darauf Bezug nehmen, daß Herr Ebert-Berlin Mitglied des Aufsichtsrats sei, so ist dem gegenüber festzustellen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Herrn Ebert nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied des Parteivorstandes, sondern aus persönlichen Gründen in seiner Eigenschaft als Mitglied seiner Gewerkschaft in den Aufsichtsrat der Volksfürsorge gewählt habe.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Beschlußfassung über die Verwendung des Ueberschusses" beantragten Vorstand und Aufsichtsrat:

„Für das Geschäftsjahr 1913 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; dafür werden der Gewinnreserve der Versicherten 48 300,96 Mk. (fünf Prozent der 966 019,20 Mk. betragenden Jahresprämie) der mit Gewinnbeteiligung Versicherten überwiesen und der Rest von 4552,02 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung genommen."

Diesem Antrage stimmten alle Aktionäre einmütig zu. Gewerkschaften und Genossenschaften verzichten sonach auf die ihnen zustehende Verzinsung des eingezahlten Garantiekapitals und ermöglichen so, daß den Versicherten schon für die ersten sechs Monate ein nennenswerter Gewinn gutgeschrieben werden kann und so den praktischen Beweis liefert, daß es sich bei der Schaffung der Volksfürsorge nur um die Erfüllung einer wirklich gemeinnützigen Institution handelte.

Ohne Widerspruch wurde hierauf eine redaktionelle Aenderung des § 23 des Gesellschaftsvertrages beschlossen, wonach derselbe jetzt lautet:

„Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf den Ersatz ihrer in Ausübung ihres Amtes gemachten Auslagen. Ferner wird dem gesamten Aufsichtsrat eine Vergütung gezahlt, die pro Jahr soviel mal 250 Mk. beträgt, als er Mitglieder besitzt. Ueber die Verteilung dieser Summe an die einzelnen Mitglieder beschließt der Aufsichtsrat selbst."

Für das Geschäftsjahr 1913 verzichten die Mitglieder des Aufsichtsrates auf die ihnen zustehende Vergütung zugunsten der Versicherten.

Da der Vorstand der Volksfürsorge beim Bundesrat die Anerkennung des gemeinnützigen Charakters der Volksfürsorge beantragt hat, schlägt er vor, die seitens der Behörden gewünschte und schon bei Gründung der Volksfürsorge seitens der Gründer als selbstverständlich erachtete Bestimmung über die Verwendung des Bestandes bei eventueller Auflösung der Gesellschaft in den Gesellschaftsvertrag als neuen § 38 in folgendem Wortlaut aufzunehmen:

„Im Fall der Liquidation ist nach Tilgung oder Sicherstellung aller Verbindlichkeiten, insbesondere derjenigen aus laufenden Versicherungsverträgen und Rückzahlung des Grundkapitals ein etwa verbleibender Ueberschuß zur Rückzahlung des Organisationsfonds (§ 9), soweit erforderlich, zu verwenden.

Ein etwaiger Rest ist im Interesse der im Zeitpunkt der Auflösung vorhandenen Versicherten durch Zuschläge zu den festgesetzten Versicherungssummen im Verhältnis zu der von ihnen eingezahlten Gesamtprämiensumme zu verwenden oder inländischen Gesellschaften und Genossenschaften zuzuweisen, welche vom Bundesrat gemäß der Befreiungsvorschrift zu Tarifnummer 1 A a, b, c des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juli 1914 (Reichs-Gesetzblatt Seite 544) als gemeinnützig anerkannt sind.

Ueber die Art der Verwendung im Sinne dieser Vorschrift beschließt die Generalversammlung."

Sämtliche Aktionäre stimmten dem Antrage zu. — Bei der hierauf folgenden Wahl des Aufsichtsrates wurden die seitherigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Es sind das: Gustav Bauer (Berlin), Fritz Ebert (Berlin), Theodor Leipart (Berlin), Alex. Schlicke (Stuttgart), Julius Fräßdorf (Dresden), Paul Hoffmann (Magdeburg), Rudolf Junger (Berlin), Dr. Aug. Müller (Hamburg); als Ersatzmänner Robert Schmidt, Gustav Eisler (Berlin), Adolf Seifert und Paul Turnau (Hamburg).

In der sich anschließenden Sitzung des neu gewählten Aufsichtsrates wurde der seitherige Vorstand bestätigt. Derselbe besteht aus Adolf v. Elm, Friedrich Lesche als geschäftsführenden und Heinrich Kaufmann, Heinrich Lorenz, Fritz Paeplow und Heinrich Wentker als ehrenamtlichen Mitgliedern.

Verbandstag der Schuhmacher.

Am letzten Verhandlungstag wurde in der Statutenberatung fortgefahren. Angenommen wird der Antrag

---

Als sie bemerkte, daß Asmussen bedächtig den Kopf schüttelte, lachte sie übermütig, machte eine lange Nase und jubelte die Treppe hinauf. Asmussen aber ging auf den dämmerigen Markt hinaus. Mit dieser Freude mußte er erst allein sein.

Dagmar kramte in ihrem Zimmer einen ganzen Berg von Sachen zusammen, die ihr nichts mehr wert waren, gleichsam abgefallene Häute aus einer früheren Periode. Dann rief sie das Mädchen hinauf, dem beim Anblick dieses ungewohnten Reichtums die hellen Tränen in die Augen traten. Sie gab Dagmar die Hand und dankte lange und bewegt. Am Nachmittag aber schlich sie sich von der Arbeit weg und erstand für ihre paar Pfennige beim Gärtner eine Topfblume, die sie stillschweigend Dagmar brachte. Dagmar war allein in der Gaststube. Sie nahm das Geschenk mit Dank an, und das Mädchen ging wieder an ihre Arbeit. Dagmar aber betrachtete die Blume von allen Seiten, lächelte fast unmerklich in sich hinein und stellte sie dann auf den Tisch, an dem Asmussen zu sitzen pflegte, wenn er abends seine einsamen Stunden hielt.

Dagmar liebte im Zimmer keine duftenden Blumen, und diese duftete stark. Nach einer Weile fiel es ihr auf die Nerven, und sie war bereits halb entschlossen, das Ding hinauszutragen. Die Überlegung siegte indes, sie ging ans Fenster, öffnete die beiden unteren Flügel und legte sich mit dem Oberkörper hinaus. Es war schön, daß die frische kalte Luft ihr so um die Schläfen wehte. Sie schauderte ein wenig zusammen, aber es war mehr vor Lust als vor Kälte. Es tat ihr wohl, daß sie die Kälte den Rücken herabrieseln fühlte; es war wie ein erfrischendes Bad. Auf der andern Seite der Straße kam von oben her ein langer grober Kerl, ein bekannter Viehhändler, der keinen guten Ruf genoß. Man nannte ihn allgemein den „großen Klaus." Sein Geld verschaffte ihm gute Bekannte, aber nirgends ein rechtes Ansehen. Er war als Mensch brutal und in seinen Geschäften hinterlistig und betrügerisch. Asmussen hatte sich seinen Besuch verbeten; er hatte zuviel unschuldige kleine Bauern auf dem Gewissen. Dagmar aber war nicht so einfach gestellt wie ihr Herr; der Viehhändler gehörte zu den erklärten Freunden der langen Marie.

Er grüßte mit verschwiegenem Lachen herüber; sie lächelte ebenfalls und nickte fast unmerklich. Der Markt war glücklicherweise menschenleer. Im selben Augenblicke aber kam drüben aus dem Zigarrenladen Stine Andresen und wollte zu dem Gasthof herüber. Dagmar fuhr jäh in die Höhe und schlug beide Fensterflügel zu, daß es nur so über den Markt hinweg klirrte. Dann setzte sie sich schnell auf den Stuhl und nahm die Zeitung in die Hand. Stine Andresen war etwas erstaunt, der sonderbare Empfang schien ihr zu gelten. Nun, sie wollte ja nicht Fräulein Dagmar, sondern Lorenz besuchen, und so ließ sie sich in ihrer stillen Art von der Sache nicht anfechten.

Als sie eintrat, blickte Dagmar kurz von der Zeitung auf, und ehe sie noch ein Wort hatte sagen können, warf sie ihr in verletzendem Tone die Bemerkung zu: „Herr Asmussen ist nicht zu Hause."

„Ich habe ja noch gar nicht nach ihm gefragt," sagte Stine.

Dagmar las unbekümmert die Zeitung; sie zuckte nur mit den Achseln.

„Ist es hier im Hause nicht Sitte, daß man grüßt? Die Sitte kann erst neuerdings abhanden gekommen sein!"

Dagmar las und ließ sie stehen. Stines Lippen vibrierten ein wenig.

„Ich verlange von Ihnen nicht allzuviel, mein Fräulein. Das ist bei Ihrer Herkunft ja nicht angebracht. Gewöhnliche Höflichkeit aber, die man überall erhält, möchte ich doch nicht missen."

Dagmar sprang jäh empor, ging aus dem Zimmer hinaus und warf hinter sich die Tür krachend ins Schloß.

Stine blieb allein. Um ihre Lippen zuckte ein bitteres Etwas, aber nur matt und wie aus der Ferne. Sie verließ schweigend das Zimmer, ein Gefühl tiefer Verlassenheit ging herb durch ihre Seele; es war ihr, als schlösse sich nun eine Tür, die ihr sonst offen gestanden hatte, und als habe sie obendrein einen Tritt erhalten.

Asmussen kam am Spätnachmittag nach Hause; um die Zeit, wo in der Gaststube das Leben der Dämmerung bald beginnen mußte. Es war keine Menschenseele im Zimmer.

„Wo ist Fräulein Dagmar?" fragte er in die Küche hinaus.

„Sie ist nach oben gegangen.

„In diesem Augenblick?"

„Nein, schon vor langer Zeit."

„Sonderbar! Es war ihr doch nichts zugestoßen? Asmussen ging etwas unruhig die Treppe hinauf. Er klopfte an ihre Kammertür, erhielt aber keine Antwort. Dann öffnete er schließlich selbst; die Kammer war leer. Auf dem Tische lagen ihre Handschuhe, über einen Stuhl hing das Pelzjackett. Die Fenster standen offen.

Ja, was ist denn das? Sollte sie etwa in seinem Zimmer sein? Sie brachte dort mitunter kleine Bequemlichkeiten an. Aber auch sein eigenes Zimmer war leer. Die Unruhe machte ihn unwirsch.

„Ja, was ist denn das?" fragte er laut die Treppe hinunter.

Das Mädchen kam aus der Küche heraus.

„Ist sie nicht in ihrer Kammer?"

„Nein."

Das Mädchen war ratlos.

„Wissen Sie bestimmt, daß sie hinaufgegangen ist?"

„Aber ganz bestimmt."

„Ja, wo konnte sie denn nur stecken? „Fräulein Dagmar!" rief er laut, aber es kam keine Antwort. War sie im oberen Stocke? War sie dort in einem der Fremdenzimmer beschäftigt? Er hatte ihr so oft gesagt, daß sie diese Arbeit den Mägden überlassen sollte. Aber es konnte ja nicht anders sein. Er ging dort oben durch ein, zwei, drei, vier Zimmer, aber alle waren leer.

Er rief zweimal: „Fräulein Dagmar!" Aber es kam keine Antwort. Es war ein kleines Stübchen noch, das schräg unter dem Dache lag. Hier mußte sie nun sein, wenn sie nicht verschwunden war. Er klopfte zunächst an die Tür, aber es kam keine Antwort. Dann öffnete er und blieb sofort behutsam stehen. Sie lag angezogen auf dem Bette und schlief. In dem eiskalten Stübchen, wo man sich im Schlafe den Tod holen konnte. Sie lag auf dem Bauch und hatte das Gesicht in die Kissen vergraben. Er ging näher. „Fräulein Dagmar," sagte er leise. Aber sie schlief ruhig weiter. Er berührte vorsichtig ihren Rücken, und nun fuhr sie erschreckt empor und sah ihn mit verstörten Augen an. Sie begann hastig ihre Kleider zu ordnen, die ihr beim Liegen hinaufgeglitten waren; ihre Strümpfe waren sichtbar gewesen.

„Aber mein Gott, was ist denn da? Sie können sich auf den Tod erkälten."

„Meine Beine sind wie Eis." Sie lächelte umflort.

„Das ist kein Wunder. Was sind das aber auch für Sachen?"

„Ich war so müde," sagte sie mit einem Anflug von Schwermut.

„Aber Sie haben doch Ihr eigenes Zimmer."

„Ich wollte gar nicht schlafen." Ihre Finger spielten verlegen mit dem Kissen.

Nun erst sah Asmussen, daß das Kissen naß war.

„Ist etwas gewesen?" fragte er ernst und eindringlich.

Dagmar nickte, aber sah ihn nicht an. Ihre Finger spielten mechanisch mit dem Kissen.

„Haben Sie geweint?"

Sie nickte.

„Ist das alles, was Sie mir zu sagen haben?"

Dagmar schüttelte den Kopf.

„Dann sagen Sie es doch!"

(Fortsetzung folgt.)

des Vorstandes, die Jugendbeitragsklasse aufzuheben. Die Einrichtung dieser Beitragsklasse hat die gehegten Erwartungen nicht erfüllt. Alle Mitglieder, die nicht mehr als 12 Mark in der Woche verdienen, können in Zukunft der untersten Beitragsklasse angehören. Ein Antrag, eine weitere Staffelung der Beiträge nach der Lohnhöhe vorzunehmen, wird abgelehnt. — Eine längere Debatte entfesselt ein Antrag, der den Ausschluß aus dem Verbande vorsieht, wenn ein Kollege als Unternehmer ohne Grund Unorganisierte in Arbeit stellt, obwohl am Orte Organisierte arbeitslos sind. Der Antrag wird schließlich abgelehnt. Lebhaft debattiert wird ein Antrag, der eine Kompetenzerweiterung des Ausschusses zum Ziele hat. Nachdem Simon sich mit dem Hinweis darauf, daß der Ausschuß nur eine Beschwerdeinstanz, nicht aber eine Revisions- und Kontrollinstanz sei, dagegen gewandt hatte, wird dieser von Haupt-Magdeburg befürwortete Antrag abgelehnt. Der Bezirk 7 beantragt, daß die Anstellung der vollbesoldeten Bezirksleiter auf den Bezirkskonferenzen erfolgen soll. Dieser Antrag wird angenommen. Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag regelt folgende neue Bestimmung: Bis 50 Mitglieder ein Delegierter, bis 100 zwei Delegierte, für jedes weitere Hundert ebenfalls ein Delegierter; doch darf ein Ort nicht mehr als vier Delegierte entsenden. Das abgeänderte Statut tritt am 1. Januar 1915 in Kraft. Vorstand, Ausschuß und Redaktion werden in der bisherigen Besetzung einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses ist wiederum Magdeburg. In seiner Schlußrede weist Vorsitzender Simon auf die großen Unternehmungen der hamburgischen Arbeiterschaft (Gewerkschaftshaus, Konsumgenossenschaft und Parteidruckerei) hin, in denen der Aufstieg der Arbeiterklasse wirkungsvoll zum Ausdruck kommt. Er fuhr dann fort: Die Gegner mögen noch so viele Gesetze gegen die Arbeiterschaft schmieden, sie werden sich als Zwirnsfäden erweisen und den weiteren Aufstieg unserer Klasse nicht hemmen können. Wir werden das gesteckte Ziel erreichen: die Befreiung der Arbeiterklasse aus geistiger und ökonomischer Knechtschaft. Daß unser Sieg über die Feinde in möglichste Nähe gerückt wird, dafür wollen wir mit allen Kräften wirken. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde der Verbandstag geschlossen.

Die sozialdemokratische Fraktion und das Kaiserhoch.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" kann sich noch nicht beruhigen. In ihrer Wochenrundschau vom Sonnabend versucht sie abermals, die bürgerlichen Parteien scharf zu machen für eine Geschäftsordnungsänderung. Die Regierung will sich die Hände freihalten, es sei Sache des Reichstages, hier einzugreifen und „Achtungsverletzungen gegen das Oberhaupt des Reiches im Hause des Reichstages einen Riegel vorzuschieben." Die „Kreuzzeitung" hingegen verlangt von der Regierung kategorisch, daß sie die Initiative zu einem Ausnahmegesetz ergreife, daß sie nicht warte, bis der Reichstag aus sich heraus irgend etwas tut. Das Junkerblatt hat wohl nicht mit Unrecht die Empfindung, daß eine solche Aktion ausgeht wie das Hornberger Schießen. Aber auch einer Regierungsaktion dürfte kaum ein besseres Schicksal beschieden sein. Mit anerkennenswerter Deutlichkeit entwickelt der angesehene Strafrechtslehrer und fortschrittliche Abg. Professor Dr. v. Liszt in der „Vossischen Zeitung" die Rechtslage, nach der zunächst jeder juristische Vorstoß gegen die sozialdemokratische Fraktion an der durch das Reichsgericht festgelegten Rechtsprechung in Fragen der Majestätsbeleidigung scheitern muß. Polemisierend gegen den „Kreuzzeitungs"-Professor Krückmann zitiert Liszt eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 7. November 1907, also noch vor der Novelle zu den Majestätsbeleidigungsparagraphen, durch die das Reichsgericht Sozialdemokraten, die in einer Wählerversammlung beim Kaiserhoch sitzen geblieben waren, freispricht. v. Liszt fügt dem hinzu:

> Die eingehende und gerade für unsern Fall überaus lehrreiche Begründung dieses Falles möchte ich dem Juristen der „Kreuzzeitung" zum Nachlesen besonders empfehlen. Sie werden aus ihr entnehmen, daß gerade durch die Krückmannsche Argumentierung der strafgerichtlichen Verfolgung auch die letzte Aussicht auf Erfolg genommen worden ist. War der Reichstag bereits mit der Verlesung der Allerhöchsten Botschaft geschlossen, so gab es auch keinen Präsidenten des Reichstages mehr. Und wenn nun der Privatmann Kaempf die Anwesenden, die auch nur Privatmänner waren wie er selbst, zu einem Hoch auf den Kaiser aufforderte, so war keiner von ihnen rechtlich verpflichtet, auf diese Aufforderung hin irgendwie zu reagieren. Eine Anklage gegen die Sitzenbleibenden wegen Majestätsbeleidigung aber wäre, solange das Reichsgericht seine Ansicht nicht von Grund aus ändert, ein Schlag ins Wasser und damit eine Blamage für die Staatsanwaltschaft sowie für den Justizminister, der für sie verantwortlich ist."

Liszt versichert übrigens, daß er gar nicht einmal auf Krückmanns Standpunkt, daß der Reichstag mit der Verlesung der Vertagungsbotschaft geschlossen sei, stehe, er ist der Auffassung, daß die Handlungen der Abgeordneten auch bis Ablauf der ganzen Sitzung unter die Immunität fallen und somit erst recht jedem gesetzlichen Zugreifen entrückt sind.

Ist so juristisch absolut nichts anzufangen, so wird sich auch gesetzgeberisch kein Kapital aus der Ausübung eines selbstverständlichen Rechts durch die sozialdemokratische Fraktion münzen lassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Berliner Holzbildhauer. In einer stark besuchten Versammlung am Freitag abend haben die Bildhauer die Arbeitsniederlegung beschlossen, nachdem die Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation ergebnislos verlaufen waren. Die Bildhauer verlangen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich und 6 % Lohnerhöhung. Die Holzindustriellen, bei denen die Hälfte der Berliner Holzbildhauer beschäftigt ist, und denen sich die sonstigen Unternehmer angeschlossen haben, lehnten eine Verkürzung der Arbeitszeit über die für die übrigen Holzarbeiter übliche Arbeitszeit hinaus grundsätzlich ab. Sie wollten verhüten, daß „für den Holzarbeiterverband eine neue Schraube" angesetzt wird, die dieser dann später kräftig anziehen könne. In Wahrheit ist aber die tariflich geregelte Arbeitszeit für Holzbildhauer in anderen Städten schon längst kürzer als bei den Berliner Holzbildhauern und auch kürzer als die tariflich geregelte Arbeitszeit der übrigen Holzarbeiter. In anderen Großstädten wurden erst in den letzten Jahren wieder wesentliche tarifliche Verkürzungen der Arbeitszeit durchgeführt und zwar auf 48, 49, 49½ und 50 Stunden wöchentlich. In Berlin aber wurde von den Holzbildhauern seit 25 Jahren keine Arbeitszeitverkürzung gefordert, obwohl sich in dieser Zeit durch das bedeutende Anwachsen des Gemeindekomplexes der Weg zur Arbeit ständig verlängerte und eine Arbeitszeitverkürzung schon aus diesem Grunde längst berechtigt gewesen wäre. Bisher ist die 51stündige Arbeitswoche die Regel; ein Siebentel der Berliner Holzbildhauer blieben also gegenüber den in anderen Städten im Hintertreffen, sie holen nur nach, was bei der großen Arbeitslosigkeit in früheren Jahren unterblieb. Die Berufskrise, die ihre Ursache in der herrschenden Stilrichtung im Kunstgewerbe hatte, ist einer günstigeren Geschäftslage gewichen. Es werden aber auch wesentlich erhöhte Anforderungen an das Können der Gehilfen gestellt, ein höheres Maß von Selbststudium ist notwendig, wozu in der Werkstatt keine Zeit bleibt, dazu muß der Bildhauer die Freistunden verwenden. Aus allen diesen Gründen wurde das Drängen nach einer Arbeitszeitverkürzung immer stärker und wird den Holzindustriellen schließlich nichts anderes übrig bleiben, als diesem Verlangen zu entsprechen. Die Arbeitsniederlegung erfolgte am Freitag abend. In Frage kommen rund 700 Gehilfen, von denen annähernd 100 in Geschäften arbeiten, die inzwischen die Forderungen bewilligten.

Gelbe Niederlage. Die Arbeiter-Ausschußwahl in den städtischen Gaswerken in Charlottenburg brachte nach einem mit beispielloser Heftigkeit geführten Wahlkampf den Gelben eine vollständige Niederlage. Bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent erhielten die Kandidaten des Gemeindearbeiterverbandes 381 Stimmen, der schwarz-blau-gelbe Mischmasch 184 Stimmen. Der Arbeiter-Ausschuß befindet sich jetzt vollständig in den Händen der organisierten Arbeiter. Die Gelben verloren seit Dezember ca. 100 Stimmen. Das Resultat ist um so erfreulicher, als gewisse Stellen der Verwaltung mit aller Energie für die Dreifarbenleute eintreten.

Zum Boykott über die Firma H. C. König in Steinhagen. Bekanntlich beschloß vor längerer Zeit das Bielefelder Gewerkschaftskartell den Boykott über die Erzeugnisse der Brennerei-Firma H. C. König in Steinhagen zu verhängen, und zwar deshalb, weil Herr König seinen Arbeitern das Koalitionsrecht in unerhörter Weise beschränken will; er forderte von den Arbeitern, daß sie aus der Organisation austreten sollen, und nahm ungerechte Entlassungen vor. Der Boykott besteht nach wie vor und scheint Herrn König recht unangenehm zu sein, trotzdem von seinen Agenten immer behauptet wird, daß von einem Boykott nichts zu spüren sei. Um so verwunderlicher ist es nämlich dann, daß neugierige Fragen von Konsumenten dahin beantwortet werden, daß alle Differenzen mit den Arbeitern in befriedigender Weise behoben seien. Dem ist nicht so. Die Differenzen zwischen dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband und Herrn König sind nicht erledigt, der Boykottbeschluß des Bielefelder Gewerkschaftskartells über die Firma König besteht nach wie vor; es wird ersucht, ihm überall energisch zum Durchbruch zu verhelfen.

Drohender Streik in der Haynauer Papierfabrik. Wegen fortgesetzter Lohnabzüge und Maßregelungen beschlossen am Freitag in geheimer Abstimmung die Arbeiter genannter Fabrik die Kündigung einzureichen. Gelingt bis zum Ablauf der Kündigung eine Verständigung nicht, so wird die Belegschaft am 27. Juni den Betrieb verlassen. Es besteht wenig Aussicht, daß es zu einer Beilegung der Differenzen kommt. Neben dem Fabrikarbeiterverband und den Maschinisten und Heizern sind auch die Metallarbeiter und Transportarbeiter, sowie die verschiedenen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsgruppen am Kampf beteiligt. Zuzug nach der Haynauer Papierfabrik ist fernzuhalten.

Dachdeckeraussperrung in Koswig (Anhalt). Seit dem 8. Juni sind die Dachdecker in Koswig ausgesperrt. Ein von den Arbeitern eingereichter Tarif wurde von den Unternehmern mit einem Gegentarif beantwortet, der bedeutende Verschlechterungen enthielt. Bisher wurde bei Arbeiten außerhalb der Stadt der Weg zur Arbeitszeit gerechnet, auch wurde wenn der Arbeiter ein Fahrrad benutzte, eine Vergütung von 25 ₰ täglich bezahlt. Diese Vergütungen sollten jetzt in Wegfall kommen, ebenso sollte bei Teerarbeiten, bei denen bisher eine Vergütigung gezahlt wurde, nichts mehr gezahlt werden. Auch sonst bestanden noch Differenzpunkte. Die Arbeiter wurden, weil sie auf die Vorschläge der Unternehmer nicht eingingen, kurzerhand entlassen.

Streik am Hauptbahnhof in Gotha. Am Hauptbahnhof in Gotha werden wegen einer Erweiterung der Bahnhofsanlagen und einer Brückenverbreiterung seit Wochen größere Arbeiten ausgeführt. Die Firma Rautenberg u. Co. in Leipzig führt diese Arbeiten aus. Zwischen den recht protzig auftretenden Angestellten dieser Firma und den beschäftigten Erdarbeitern und Bauhilfsarbeitern bestehen wegen der Lohnzahlung fortgesetzt Differenzen. Die Herren weigern sich, den tarifmäßig festgesetzten Ortslohn in Höhe von 45 Pfg. pro Stunde zu zahlen, sie zahlen nur 40 Pfg. Die Arbeiter erhalten auch kein sogenanntes Wassergeld, keine Wasserstiefel und vor allem auch nicht die 5 Pfg. pro Stunde mehr für die Überstundenarbeit! Nachdem schon im Laufe der letzten Woche nach und nach mehr als 20 Mann die Arbeit eingestellt hatten — leider sind viele nicht organisiert — legten am Sonnabend vormittag alle an dem Bau Beschäftigten die Arbeit nieder. Die Firma oder ihre Vertreter lehnen es auch jetzt noch ab, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen, obwohl auch der Lohn für diese anstrengenden Arbeiten ein außerordentlich niedriger ist. Die Arbeiten drängen und die Firma sucht deshalb in bürgerlichen Zeitungen Arbeitskräfte.

Der Zentralverband der Gärtner im Jahre 1913. Mit einem Mitgliedergewinn von 515 konnte der Verband das Vorjahr abschließen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt von 6950 auf 7465. Ist der Fortschritt mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes auch zufriedenstellend, so bleibt er doch hinter dem der Vorjahre zurück. Der Kassenbestand erhöhte sich von 65 688 Mark auf 78 628 Mark. Davon befinden sich in den Ortskassen 24 042 Mark. Die Einnahmen betrugen 198 904 Mark. Die Gesamtausgaben betrugen 185 965 Mark; davon entfielen 30 770 Mark auf Unterstützungen und 17 102 Mark auf Arbeitskämpfe. Auf die Unterhaltung der Arbeitsnachweise ist von jeher in diesem Gewerbe großes Gewicht gelegt worden; sie erforderte eine Ausgabe von 3179 Mark. Gemeldet wurden im Berichtsjahre in den Arbeitsnachweisen 5380 offene Stellen, von denen 4125 besetzt wurden. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 19, Angriffsstreiks 12 geführt. Der Erfolg dieser Bewegungen war für 1879 Personen eine Lohnerhöhung von 3948 Mark wöchentlich; außerdem wurden für 494 Personen sonstige Verbesserungen, wie Bezahlung der Ueberstunden, Beseitigung des Wohnungszwanges usw. erzielt. Neu abgeschlossen wurden sechs Tarifverträge für 465 Personen. Wie der wirtschaftliche Niedergang auf den Gärtnereiberuf wirkt, zeigt die Arbeitslosenstatistik des Verbandes. 1912 wurden 4300 Arbeitslose mit 41 462 Arbeitslosentage, 1913 hingegen 5342 Arbeiter mit 60 232 Arbeitslosentage gezählt. 1912 kamen auf jeden Fall der Arbeitslosigkeit 9½ Tag, 1913 aber 14¼ Tag.

Internationales.

Der französische Gewerkschaftsbund fordert alle angeschlossenen Organisationen auf, sofort in besonderen Versammlungen zu der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und des freien Sonnabendnachmittags bis Widerruf des Gesetzes über die dreijährige Dienstpflicht und einer Amnestie für sogenannte gewerkschaftliche und politische Vergehen Stellung zu nehmen und ihre Stellungnahme der Landeszentrale innerhalb 14 Tagen mitzuteilen. Die Antworten sollen als Sondernummer des Bundesorgans die erste große Kundgebung sein, die gefolgt sein wird von einer allgemeinen Kampagne und weiteren Kundgebungen aller Art, die ihren Höhepunkt am 1. Mai nächsten Jahres erreichen sollen.

Kommunales.

Kommunalwahlen. Die Stadtverordnetenwahlen in vier Bezirken der Stadt Neustadt (Herzogtum Koburg) brachten unseren Genossen einen schönen Erfolg. Die schonungslose Kritik, die unsere Genossen bei ihrem Einzug in das Stadtparlament an der freisinnigen Vetternwirtschaft geübt haben und die zum Sturz der dortigen Schützenclique führte, hatte diese Sippschaft zu einem wütenden Kampf gegen unsere ausscheidenden Genossen veranlaßt. Trotzdem wurde der Genosse Stüpfert im ersten Wahlgange wiedergewählt, während Genosse Kirchner, der in einer freisinnigen Hochburg kandidierte, das Mandat im zweiten Wahlgange wiedereroberte. Weiter konnte der bisherige bürgerliche Stadtverordnete Westerburg mit Unterstützung unserer Genossen sein Mandat gegen den Ansturm der Schützenclique behaupten. Bei den Bürgerausschußwahlen der dritten Klasse in Freiburg i. B. wurden 1550 sozialdemokratische, etwa ebensoviele Zentrumsstimmen, 296 nationalliberale und 260 fortschrittliche Stimmen abgegeben. Es erhielten die Sozialdemokratie sieben (bisher 7), das Zentrum sieben (7), die Nationalliberalen einen (1), die Fortschrittler einen (1) Vertreter. Die sozialdemokratische Stimmenzunahme beträgt 200, die des Zentrums 188, die der Liberalen und Fortschrittler 125. Von den Wahlberechtigten haben 63 Prozent ihr Wahlrecht ausgeübt. Es war ein heißer Kampf zwischen Sozialdemokraten und Zentrümlern.

Der deutsche Städtetag in Köln. Der deutsche Städtetag, der von mehr als 800 Teilnehmern besucht ist, wurde am Montag von einer auch in politischer Hinsicht bemerkenswerten Rede des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth eingeleitet. Auf dem letzten Städtetag in Posen habe man über die Einteilung der Reichstagswahlkreise und die Arbeitslosenversicherung gesprochen, die wohl eine der wichtigsten Frage der Sozialpolitik sei. Aber was die Städte nicht hätten tun können, sei leider durch die Schuld der Regierung überhaupt ungetan geblieben, die bei diesen Forderungen versagte. In den Kreisen der Regierung und in einzelnen Bundesstaaten sei man eben den Städten nicht besonders gewogen. Werde wirklich einmal etwas im Interesse der Städte unternommen, dann ändere sich das Gesetz im Laufe der Verhandlungen so, daß man wünschen möchte, es wäre lieber unterblieben. Der Städtetag, hinter dem 25 Millionen Köpfe ständen, müsse eine geschlossene Macht bilden, die sich zu wehren wisse. (Lebhafter Beifall.) Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurden einige Satzungsänderungen vorgenommen und diejenigen Städte, die erst nach der letzten Volkszählung mehr als 25 000 Einwohner erreichten, werden in den deutschen Städtetag aufgenommen. — Bürgermeister Kleinschmidt-Karlsruhe und Stadtrat a. D. Luther-Charlottenburg (Geschäftsführer des preußischen Städtetages) sprechen dann über die Organisation des städtischen Realkredits. In den Leitsätzen zu den Vorträgen heißt es, daß in einigen Städten besonders zur Förderung des Kleinwohnungswesens staatliche Mittel für dritte Hypotheken bereit gestellt würden; das müsse sich im Rahmen der finanziellen Kraft der einzelnen Städte halten. Die allgemeine Aufgabe der Städte sei, der Realkreditnot abzuhelfen. In der Regel werde nur eine vorübergehende Hilfe begründet sein, um die Entstehung von Unternehmungen privater Art zur Abhilfe der Kreditschwierigkeiten zu erleichtern. Die Redner schildern die Krise auf dem Baumarkte. Die Kraft der Spekulation sei im Absterben begriffen. Am fühlbarsten sei die Krisis auf dem Gebiet der Beschaffung von Kleinwohnungen; man finde einen immer größer werdenden Mangel. Mit den Städten müßte auch der Staat an seiner Beseitigung mitarbeiten. An die Referate schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der auch vielfach die Besoldung der Baugenossenschaft besprochen wurde. Die örtlichen Verhältnisse seien sehr verschieden, um allgemein durchzuführende Regeln aufzustellen. Es wurde schließlich ein Antrag angenommen, der den Städten ein organisatorisches, ihrem Gebiet nicht gefährdendes Eingreifen anrät. — Die allgemeinen Leitsätze des Vorstandes wurden angenommen. Darauf wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

KNORR

Die Beliebtheit der Knorr-Suppenwürfel nimmt ständig zu. Das liegt an dem besonderen Wohlgeschmack und der Ausgiebigkeit der Marke: „Knorr"!

Versuchen Sie: Knorr-Reissuppe, Rumfordsuppe, Erbsensuppe. 1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Feind der Freidenker. Das Dresdener Schöffengericht verhandelte am Freitag die Privatklage des Reichstagsabgeordneten Genossen Vogtherr gegen den Professor Guhr von der Kunstgewerbeschule in Dresden. Gen. Vogtherr hatte auf Einladung des Komitees „Konfessionslos" für eine Versammlung in Dresden am 30. Oktober 1912 das Referat übernommen. Nach der Versammlung wurde er auf der Straße zu nächtlicher Stunde von dem Professor Guhr in der pöbelhaftesten Weise attackiert und als Halunke und Schurke bezeichnet, nachdem dieser bereits vor der Versammlung einen beleidigenden Brief an Vogtherr geschrieben hatte. In drei Briefen an das Komitee „Konfessionslos", an den Reichstag und an den sozialdemokratischen Wahlverein in Stettin brüstete sich Professor Guhr noch mit seiner Heldentat und fügte den Beschimpfungen neue hinzu. Das alles geschah angeblich zu dem Zwecke, den Gen. Vogtherr zu einer Duellforderung zu veranlassen. Die Briefe haben seinerzeit die Runde durch die Parteipresse gemacht und die hieran geknüpften Betrachtungen, in denen Professor Guhr als ein offenbar geistig defekter Mann hingestellt wurde, führten obendrein noch zur Verurteilung einiger verantwortlicher Redakteure unserer Parteipresse. In ähnlicher Weise beschäftigte sich auch Gen. Vogtherr in einem „Ein Erlebnis" überschriebenen Artikel in der „Geistesfreiheit" vom 10. November 1912 mit Professor Guhr und dieser erhob deswegen Widerklage. Die Widerklage stützte sich auf einige angebliche Äußerungen Vogtherrs anläßlich der Insultation nach der Dresdener Versammlung. Durch die Einbringung der Widerklage erreichte Professor Guhr die Hinausschiebung der Verhandlung bis nach Reichstagsschluß, da der Reichstag die Strafverfolgung Vogtherrs nicht genehmigte. Jetzt endlich konnte die Sache zu einem vorläufigen Abschluß geführt werden. Die angeblichen Beleidigungen Guhrs durch Vogtherr sind von niemanden sonst gehört worden. Guhr forderte Straffreierklärung beider Teile. Das Gericht verurteilte Guhr aber zu 150 ℳ Geldstrafe und Tragung sämtlicher Gerichtskosten, während die außergerichtlichen Kosten nicht erstattet werden. Auf die Widerklage Guhrs hin wurde Gen. Vogtherr wegen des Artikels zu 50 ℳ Geldstrafe verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Schweres Bootsunglück. Auf dem kleinen Gerichsee bei Krüden sind, wie aus Stendal gemeldet wird, 3 junge Leute bei einer Bootsfahrt in schlammigem Wasser ertrunken.

Dr. Dinter gemaßregelt. Der Direktor der Vertriebsstelle des Verbandes deutscher Dramatiker, der in Berlin bei einer Aufführung des „Mirakel" mitten in der Vorstellung gegen diese „Profanierung der Religion" protestierte, ist wegen dieses Vorganges aus seiner Stellung entlassen worden.

Der Nestor des Feuilletons, vielleicht der Senior der deutschen Publizistik überhaupt, Karl Frenzel, ist am Mittwochmorgen in Berlin gestorben. Er ist 87 Jahre alt geworden. Das kleine Männlein hat die Feder wirklich erst vor dem Tode gestreckt. Er hatte noch mit der Generation des „jungen Deutschlands" zusammen gearbeitet. Von 1862 bis 1908 war er Feuilletonredakteur der „National-Zeitung", und er wäre es bis zu seinem Tode geblieben, wenn das Blatt, dem er sein Leben gewidmet hatte, ihn schließlich nicht aufs Pflaster gesetzt hätte — ohne Lohn und Dank. Frenzel hat so am eigenen Leibe noch die Entwickelung der bürgerlichen Presse vom Gesinnungsorgan zum Geschäftsunternehmen durchkosten müssen. Er paßte auch wirklich nicht mehr in das Gehudel hinein, der ruhige, charaktervolle, gründlich unterrichtete Mann, dem jetzt alle Welt so rührende Nekrologe schreibt. Seine kulturhistorischen Romane werden trotzdem vergessen bleiben, und nur der Fachkollege wird seine sauberen Essays und seine Berliner Dramaturgie manchmal noch zu Rate ziehen und es bedauern, daß er uns seine Lebenserinnerungen nicht hinterlassen hat (erschienen sind davon nur seine Erinnerungen an die Berliner Märztage). Denn er hat als geborener Berliner eine wichtige und interessante Epoche der Berliner Entwicklung miterlebt. Und er hätte manches erzählen können vom Niedergang des Liberalismus und seiner Presse und von altem und neuem Bürgertum. Aber vielleicht hat er es vorgezogen, seine Enttäuschungen für sich zu behalten.

6 Personen bei einer Bootsfahrt ertrunken. Sonntag abend ereignete sich in Elbing ein schweres Bootsunglück, dem der 48 Jahre alte Schuhmacher Snietka, dessen 14jähriger Sohn Otto, seine 12jährige Tochter Frieda, die 19 Jahre alte Wickelmacherin Gertrud Haffke und deren Brüder Kurt und Helmut zum Opfer fielen. Das Unglück entstand beim Wechseln der Rudersitze.

Gründlich ausgeräuchert. In Groszczyste brannte am Sonnabend die katholische Kirche, eine der ältesten im Kulmer Land, vollständig nieder. Es hatte sich im Turm ein Bienenschwarm angesetzt, den der Organist ausräuchern wollte. Dabei fing das Gebälk Feuer. Außer der Kirche wurden noch die Wirtschaftsgebäude des Pfarrgehöftes ein Raub der Flammen. Der Organist starb vor Aufregung kurze Zeit darauf.

Unwetter in Sachsen. Ein verheerendes Unwetter ging Sonntag über einen großen Teil des Königreichs Sachsen nieder. Dabei wurde wiederum das Vogtland ganz besonders schwer betroffen. Die Weiße Elster trat über ihre Ufer und überflutete die Gegend um Plauen. Auf der Elbe schlug der Blitz in einen Lastkahn, der von dem Dampfer Bayern geschleppt wurde. Der Eigentümer des Kahns wurde getötet und der Steuermann verletzt.

Russische Flieger in Deutschland gelandet. Am Sonntag vormittag mußte ein russischer Fliegeroffizier mit einem Passagier mit seinem Flugzeug bei Gingen im Kreise Lyck eine Notlandung vornehmen. Es handelt sich um den russischen Leutnant Roman Schoranski von der Fliegerstation Grodno, der mit einem Gefährten am Morgen in Grodno aufgestiegen war, um auf Befehl des Oberkommandierenden in Wilna in Gemeinschaft mit vier anderen Offizieren in Suwalki Schauflüge auszuführen. Leutnant Schoranski, der zum ersten Male einen größeren Flug unternahm, verlor auf seinem Fluge die Orientierung und kam so über die ostpreußische Grenze. Beim Ueberfliegen dieser wurde das russische Flugzeug von russischen Soldaten beschossen. Die Landung bei Gingen, das einen Kilometer von der russischen Grenze liegt, mußte infolge eines Motordefektes vorgenommen werden, das Flugzeug wurde dabei leicht beschädigt. Die beiden russischen Militärflieger wurden von der Behörde in Empfang genommen. Ihre Waffen gaben sie ab; Papiere führten sie nicht bei sich, abgesehen von einer russischen Landkarte. Die Flieger befinden sich im Gewahrsam der deutschen Behörden.

Schwerer Gewittersturm in Paris. Ein furchtbares Gewitter und ein Wolkenbruch ist Montag abend über Paris niedergegangen. Das Gewitter war so heftig, daß die elektrischen Bahnen und die Untergrundbahnen den Dienst einstellen mußten. Am Boulevard Haußmann stürzte plötzlich der Boden über der Untergrundbahn ein. Eine gewaltige Oeffnung bildete sich, und ein Zeitungskiosk stürzte in den Abgrund. Die benachbarten Häuser drohen einzustürzen, und die Bewohner wurden aufgefordert, die Wohnungen zu verlassen. Eine Katastrophe ereignete sich am Pont Philippe. Dort stürzte ebenfalls der Boden über der Untergrundbahn ein. Zahlreiche Personen, die dort Zuflucht gesucht hatten, wurden in den Abgrund mitgerissen. Polizei und Militär eilten sofort herbei, aber es war unmöglich, den Leuten zu Hilfe zu kommen, da der Boden weiter sank. Bis abends 11 Uhr wurden fünf Tote geborgen. Man weiß nicht, wie viele Personen in dem Abgrund noch begraben sind. Einem Gerüchte zufolge sollen sogar mehrere Kraftwagen, die gerade vorüberfuhren, in den Abgrund gestürzt sein. Der Polizeipräfekt und der Minister des Innern sind sofort an die Unglücksstätte geeilt, um die Rettungsarbeiten zu leiten.

Der Mörder der Familie des Bäckermeisters Back in Hofheim im Ried ist in der Person des Bäckergesellen Flörsch verhaftet worden. Der Unmensch hat die Tat bereits eingestanden.

Sechs Personen vom Blitz erschlagen. über London entlud sich am Sonntag nachmittag ein schweres Gewitter. In einer südlichen Vorstadt wurden sechs Personen getötet.

Folgenschwere Explosion. In Campi bei Riva wurden, wie aus Innsbruck gemeldet wird, Sonntag beim Entladen eines gefundenen Artilleriegeschosses zwei junge Bauernburschen durch die Explosion des Geschosses getötet.

Opfer des Gewitters. Ganz Belgien litt Sonntag unter schweren Gewittern. Durch Blitzschlag wurden viele Feuersbrünste hervorgerufen; im ganzen sind etwa 12 Menschen mehr oder weniger durch Blitzschläge verletzt worden, drei wurden getötet.

Ein Schweinepriester. Aus Laval (Frankreich) wird gemeldet: Der 50jährige Pfarrer von Champeon, namens Boulard-Almire, wurde am Sontag hier unter der Beschuldigung verhaftet, an verschiedenen Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren Sittlichkeitsverbrechen verübt zu haben.

Ein unmenschliches Verbrechen wurde von einem Arbeiter namens Bertrand in der französischen Ortschaft Coutances begangen. Bertrand kehrte Sonntag abend in betrunkenem Zustande in seine Wohnung zurück und begann mit seiner Frau einen Streit. Aus Furcht vor Gewalttätigkeiten ihres Mannes verließ die Frau mit fünf kleinen Kindern das Haus. Der Mann verfolgte sie, schlug sie nieder und bearbeitete sie dermaßen mit Fußtritten, daß sie blutüberströmt auf der Straße liegen blieb. Dann kehrte der Unhold in das Haus zurück, ergriff sein dreijähriges Töchterchen, das im Bett lag, an den Beinen und schmetterte es mit dem Kopf gegen die Wand. Das Kind war sofort tot. Bertrand wurde verhaftet und in das Gefängnis abgeführt.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Das Gewerkschaftsfest wurde im Jahre 1912 am 11. August in Stockelsdorf gefeiert.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt alle Meereiprodukte in bekannter Güte.
Niederlagen
Geschäfte, welche Niederlagen übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126

4353) Kaufe jeden Posten ausgekämmtes Haar.
Herm. Klempau,
Ludwigstr. 38 u. Untertrave 20, II.

Anerkannt gute und billige
Uhren-Reparatur-Werkstatt.
Aug. Büttner, Uhrmachermeister,
4777) Hüxstraße 32.

Zentralverb. prolet. Freidenker
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 17. Juni
Tages-Ordnung:
1. Agitation.
2. Entschädigung der Hilfskassierer.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
Vollständiges Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig
(771) **Der Vorstand.**

Verband d. Maler!
Die sonst am Mittwoch, dem 17. Juni, stattfindende Versammlung
fällt aus.
(764) **Der Vorstand.**

Alles stürmt zu Niemeyer.
Was ist denn bloß bei Niemeyer los?
4769
Zigarrenhaus Niemeyer, Breite Straße 63,
Fernspr. 1583, hat den Billett-Verkauf der
Circus Carré-Festspiele
Ein jeder will sich noch rechtzeitig einen Platz sichern.

Friedrichshof.
Zum Waisenkinderfest:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt frei. 4762
Tanz-Abonnement 30 Pfennig.

Stadthallen-Sommertheater.
Dienstag, den 16. Juni abends 8¼ Uhr:
Auftreten von Direktor V. Horwitz.
Die reizende alte Operette
Wiener Blut.
Von J. Strauß.
Mittwoch, den 17. Juni abends 8¼ Uhr:
Jettchen Gebert.
Schauspiel von Georg Herrmann.
Donnerstag, den 18. Juni abends 8¼ Uhr:
Zum letzten Male:
Die erfolgreiche Operettennovität
Hoheit - der Franz.
Operette von Robert Winterberg.
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung **Otto Borchert.**
Musikalienhandlg. **F. W. Kaibel.**
Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu **allen** Vorstellungen Gültigkeit. (4778

Hansa-Theater
Direktion **Ernst Albert.**
Heute Dienstag, den 16. Juni:
Der Juxbaron.
Mittwoch, den 17. Juni:
Jarnos beste Operette
Das Farmermädchen.
Donnerstag, den 18. Juni:
Die erfolgreichste Lustspielnovität
Eheferien.
Freitag, den 19. Juni:
Der Juxbaron.
Größter und durchschlagendster Erfolg der Saison.
Anfang stets 8¼ Uhr. (4772

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen. 4778

Hansa-Halle.
Mittwoch, am Waisenkinderfesttage:
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt frei. (4780 **Johs. Rieck.**

Konzerthaus „Flora".
Morgen Mittwoch
am Waisenkinderfesttage:
Grosses Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt frei. (4779) Max Siems.

Waisenhof.
Am Waisenkinderfest: (4782
Große Tanzmusik